

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorstellungen ausgeschlossen. • Postfach-Konto Hannover Nr. 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorfstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Unsere internationalen Kundgebungen.

Am Sonntag, dem 4. Dezember, fanden in fast allen deutschen — und darüber hinaus auch europäischen — Bergbaugebieten internationale Kundgebungen statt. Ueber den Zweck und Sinn dieser Kundgebungen haben wir bereits ausführlich im Leitartikel der letzten Nummer dieser Zeitung berichtet. Für heute wollen wir lediglich ein kleines Bild über den Verlauf dieser Kundgebungen in einzelnen Revieren geben, woraus zu ersehen ist, daß die deutschen Bergarbeiter begeistert bei der Sache mitgingen. Überall zeigte sich entschlossener und lebendiger Wille, für die internationale Kohlenverständigung mit allen Mitteln mitzuwirken. Nicht weniger entschlossen zeigten sich unsere Kampfpels, mit aller Macht mitzutun, wo es gilt, unserer Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues Geltung zu verschaffen. Die Welt muß allmählich die Stimmen der Bergarbeiter aller Länder hören, wenn nicht eines Tages die Katastrophe hereindringen soll. Wir sind gewiß, daß unsere Kundgebungen in dieser Hinsicht als wohl gelungen und auch als sehr wertvoll für den Kampf um die internationale Interessenwahrung der Bergarbeiter gewertet werden dürfen. — Folgendes aus den Berichten:

Ruhrgebiet.

Im Ruhrgebiet fanden Kundgebungen statt in Hamm, Dortmund, Bochum, Redlinghausen, Essen, Oberhausen und Moers. Sie waren teilweise überfüllt. Die ausländischen Redner wurden besonders begrüßt, wie auch ihren Ausführungen das lebhafteste Interesse entgegengebracht wurde. In fast allen Kundgebungen wurden Entschlüsse angenommen. Wir lesen in der einen:

„Die freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter erheben gegen die Behinderung der Ausübung des freien Versammlungsrechtes, wie sie durch die letzte Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten dem deutschen Volke aufgezwungen worden ist, stärksten Protest. Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Internationalen Bergarbeiterkongresses, der in der Zeit vom 13. bis 16. September 1932 in London tagte, einverstanden. Die gegenwärtige Lage der Kohlenwirtschaft der ganzen Welt macht eine internationale Verständigung, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche und die Verstaatlichung des gesamten Bergbaues dringend erforderlich. Ferner macht sich die Versammlung die Forderung der internationalen Arbeiterbewegung nach allgemeiner Abrüstung zu eigen. Diese Ziele der organisierten Bergarbeiter aller Länder können aber nur dann erreicht werden, wenn sich alle Kameraden organisieren und dadurch ihren berechtigten Forderungen den notwendigen Nachdruck verleihen.“

In einer anderen Entschliessung wieder heißt es:

„Die heute tagende internationale Kundgebung der Bergarbeiter anerkennt das Manifest der Bergarbeiterinternationale vom April 1932 und stellt sich ebenfalls einmütig hinter die Beschlüsse des Internationalen Bergarbeiterkongresses vom September 1932, wo gefordert wurde: 1. Die Verstaatlichung des gesamten Bergbaues; 2. Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens vom Januar 1931; darüber hinaus die Einführung der Vierzigstundenwoche; 3. Internationale Abrüstung auf den Stand der am meisten abgerüsteten Länder. Die Bergarbeiter geloben, für diese Ideen zu kämpfen und die Organisation zu stärken.“

Aachen.

Am 4. Dezember fand in Aachen in der Westparkhalle aus Anlaß des Internationalen Bergmannstages eine große Kundgebung statt. Außer den beiden Rednern Kappange (Holland) und Simon (Köln) haben an dieser Kundgebung mitgewirkt der Allgemeine Konzertverein, der Volkschor Aachen und der Schalmeienschor. Darüber hinaus waren zahlreiche Abordnungen und Fahnendeputationen der Eisernen Front als Vertreter der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Jugend erschienen. Die Kundgebung hat einen außerordentlich guten Verlauf genommen und auch bei allen Beteiligten, besonders auch bei den Nichtbergarbeitern, tiefen Eindruck hinterlassen. Die Beteiligung aus dem Bergrevier war eine gute, trotzdem die finanziellen Verhältnisse Schwierigkeiten machten. Die Ansprachen der Referenten klangen aus in folgender Forderung:

Es muß ein internationale Verständigung, eine europäische Kohlenkonvention kommen, die Grenzen müssen fallen, jede Autarkie verschwinden, die uns doch nur größten Schaden bringt. Diese internationale Verständigung muß auch deswegen kommen, weil der Bergbau als wichtigste Schlüsselindustrie zugleich ein Instrument des Krieges werden kann. Und den wollen gerade wir Arbeiter aller Länder verhüten. Wir wollen keinen Völkervertrag und keinen Krieg mehr, wir wollen Frieden. Und darum wollen gerade wir Bergarbeiter um so mehr und entscheidener für unsere Forderungen kämpfen, nicht nur zur Verbesserung unserer eigenen Lage, sondern für das Wohl und den Frieden der ganzen Menschheit. Das soll der weitere Sinn des internationalen Bergmannstages sein. Der zum Schluß ausgebrachte Freiheitsruf fand ein stürmisches Echo.

Trechen.

Zuerst trat der Arbeitergesangsverein Steuel auf, der dem bis zum letzten Platz gefüllten Saale das Chorwerk „Zum Licht empor“ darbot. Damit war die Grundlage geschaffen für den Vortrag des Kameraden Kappange von der holländischen Bruderorganisation, der jetzt, vom brausenden Beifall empfangen, ans Rednerpult trat. Wenn auf den Wirtschaftskonferenzen des Völkervertrages keine Einigung zu erzielen sei, so liege das daran, daß die Regierungen der einzelnen Länder entweder Kapitalisten oder Vertreter des kapitalistischen Systems sind. Darum müsse es für die Bergarbeiter immer mehr klarwerden, daß sie selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und die notwendige Verstaatlichung des Bergbaues erzwingen müssen. Die Arbeitszeit müsse so weit verkürzt werden, daß alle Bergarbeiter, die heute auf der Straße liegen, wieder zurückgeführt werden in den Produktionsprozeß. Es ginge nicht an, daß eine Wirtschaft nur geführt würde, um einigen wenigen hohe Profite zuzuschlagen und daß die großen Volksmassen dabei zugrunde gingen. Die Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaues stellen, hieß aber auch die Frage stellen, ob die Arbeiterklasse stark genug sei, sie durchzuführen. Die Maßnahme durchzuführen, liege nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern aller Arbeiter, besonders aber derer, die in den kohleverbrauchenden Industrien beschäftigt sind. Darum müßten alle Arbeiter mitwirken für die Durchführung dieses Zieles. Einen warmen Appell richtete Referent an die Teilnehmer, mitzumachen für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, damit das dem Allgemeinwohl dienende Ziel verwirklicht werden könne.

Hierauf nahm der Aachener Bezirksleiter, Kamerad Engelhardt, das Wort. Anknüpfend an die Schlussworte Kappanges, sagte er nochmals die Forderungen der internationalen Bergarbeiterbewegung zusammen. Das Manifest der Bergarbeiterinternationale sei nicht nur Ansporn für die Bergarbeiter, son-

Sür den Verband

zu agitieren, Aufklärung unter den Gewerkschaftsgegnern zu schaffen, ist das Gebot der Stunde. Es bestehen sehr viele Möglichkeiten, die zum

Werben

ausgenutzt werden können. Sange im Familien- und Verwandtenkreise an. Es ist

deine Pflicht

in den nächsten Tagen einen Betriebsarbeiter oder arbeitslosen Bergarbeiter zu gewinnen. Tue es! Verlasse dich nicht auf andere!

dern gleichzeitig eine furchtbare Anklage gegen die Bergbauunternehmer, die es nicht fertiggebracht haben, die Wirtschaft in irgendeiner Weise umzuformen zum Nutzen des Allgemeinwohls. Die schon vor Jahren auftauchenden Warnungszeichen wurden nicht beachtet und für die Forderungen der Bergarbeiterorganisationen habe man nur ein kaltes Lächeln übrig gehabt. Die Arbeiter aber würden hier durch ihre Organisationsmacht eine Aenderung erzwingen. Für diesen Kampf müßten immer mehr Streiter gewonnen werden.

Saargebiet.

Die erste Kundgebung fand vormittags 10 Uhr in Altenwald statt; die zweite nachmittags 4 Uhr in Neunkirchen. In beiden Kundgebungen sprach der Bezirksleiter und Reichstagsabgeordneter Heinrich Becker aus Herborn. In längerem Ausführungen referierte Kamerad Becker über die internationalen Bergbauprobleme und die Bemühungen unseres Verbandes, im Verein mit der gesamten Bergarbeiterinternationale, zur Lösung der Kohlenwirtschaft betreffenden Fragen. Der heutige Krisenzustand, welcher auch den Bergbau der gesamten Welt betroffen hat, erfordert eine Verstaatlichung des Bergbaues, eine einheitliche Sozialpolitik und Arbeitszeit, um die die Bergarbeiter schädigende Konkurrenzpolitik zu ändern. Das alles aber bedingt eine internationale Regelung des gesamten Kohlenmarktes. Vor allen Dingen fordern die Bergarbeiter die Ratifizierung des Genfer Abkommens, um dadurch zur Möglichkeit der Vierzigstundenwoche zu kommen.

In beiden Kundgebungen wurde einstimmig nachstehende Entschliessung als Willenskundgebung der versammelten Saarbergarbeiter angenommen:

„Die am 4. Dezember 1932 in Altenwald und Neunkirchen versammelten Mitglieder des Bergbauindustriearbeiterverbandes

treten gemeinsam mit allen freilorganisierten Bergarbeitern der Welt für die internationalen Forderungen ein: für Verstaatlichung des Bergbaues, für einheitliche Sozialpolitik und Arbeitszeit sowie internationale Regelung der Kohlenwirtschaft. Die versammelten Saarbergarbeiter leiden große Entbehrungen unter der Anarchie der jetzigen Kohlenwirtschaft. Sie geloben, ihre ganze Kraft einzusetzen, um gegenüber dem internationalen Kohlenkapital und den Staatsleitungen die internationalen Forderungen zu erkämpfen.“

Bayern.

Der kleinere Rahmen, in dem notgedrungen der internationale Bergmannstag abgehalten werden mußte, hat die Wirkung der Kundgebungen im bayerischen Bergbau kaum beeinträchtigt. In Penzberg, Peißenberg, Hausham, überall, wo Kamerad Berger (Bochum) sprach, hatte sich eine zahlreiche Mitgliedschaft eingefunden, um den Machthabern in Staat und Wirtschaft, aber auch, um der gesamten Öffentlichkeit klarzumachen, daß die Gesellschaft Verpflichtungen gegen die Bergarbeiter habe, die bisher nur mangelhaft oder überhaupt noch nicht erfüllt worden seien. Die wiederholten Zustimmungen aus den Reihen der Versammelten und namentlich der laute Beifall, der jedesmal den eindringlichen Darlegungen des Referenten folgte, ließen erkennen, daß die bayerischen Kameraden sich der internationalen Verbundenheit des Bergarbeiterstandes ebenso bewußt sind, wie die Kameraden der Hauptreviere.

In Fragen der internationalen Solidarität gibt es kein Abseitsgehen, weil sich niemand der Internationalität der Berufsprobleme der Bergarbeiter entziehen kann. So ist es denn erfreulich, festzustellen, daß gerade in diesem etwas entlegeneren Revier die Gedanken des internationalen Bergmannstages auf einen so fruchtbaren Boden gefallen sind. Ganz besonderes Verständnis fanden hier die Ausführungen über die Verstaatlichung des Bergbaues und die darin eingeschlossenen Aufgaben wirtschaftskonstruktiver und politischer Art.

Erfolgreich anzupacken sind diese Aufgaben jedoch nur mit dem Instrument starker, geschlossener Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter. So galt der Ruf des internationalen Bergmannstages auch den unorganisierten Bergleuten, die organisatorisch zu erfassen jedem einzelnen Verbandskameraden ernstes Bestreben sein muß. Mit Recht bemerkte Kamerad Berger, daß nur damit die Grundlage für die internationale Aufbauarbeit, wie sie die Bergarbeiterinternationale erstrebt, gefestigt werden könne. Die in den bayerischen Kundgebungen herrschende Stimmung ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß gerade in der Welt der Zielsetzung, wie sie die internationalen Veranstaltungen brachten, eine besondere Ermunterung zur Verstärkung der Agitationstätigkeit liegt.

Südhorsten.

Kamerad Bievers (Luxemburg) schilderte zunächst die Lage im Ruffestaat Luxemburg und leitete dann zu seinem Referat „Die internationale Kohlenverständigung“ über. Er sagte: Die kapitalistischen Wirtschaftsführer kennen nur eins: den Profit. Ihr Nationalismus macht vor dem Geldbeutel halt. In den großen Konzernen sitzen die Kapitalisten aller Länder in trauter Eintracht zusammen und stimmen danach, wie der Profit gehoben werden kann. Sie alle beschäftigen sich immer wieder mit den Fragen: Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Tagesleistungen! Also Profit auf Kosten der Arbeiterschaft. Es ist eine traurige Tatsache, feststellen zu müssen, daß durch künstliche Preishaltung im Inlande und durch staatliche Subventionen finanzkräftig gemacht, die Kohlenrevierländer auf den Kohlenmärkten ein Spiel rücksichtsloser Preisunterbietungen treiben. So kommt es, daß die Kohlen auf den Märkten in einem mächtigen Konkurrenzkampf liegen. Die von den Bergarbeitern geforderte Kohlenverständigung, die darin besteht, an Stelle des Konkurrenzkampfes in allen Ländern gleiche Kohlenpreise, gleiche Bergarbeiterlöhne und gleiche Arbeitszeit zu setzen, hat deshalb volle Berechtigung. Die Regelung der Kohlenverständigung dürfen die Bergarbeiter aber nicht den Zehnpfennigern überlassen, sondern die Bergarbeiter müssen hier als die Geknechteten und Ausgebeuteten neben dem Staat, der ebenfalls ungeheure Verluste erleidet, ein großes Wort mitreden. Die Bergarbeiter haben eben dafür zu sorgen, daß das Gesamtinteresse vor einzelnen Sonderinteressen marschiert! Daß bei der Durchführung des geforderten Kohlenplanes die verschiedensten Kontingentierungen (Bapen-Regierung schmiedete bekanntlich große Kontingentierungspläne. D. Red.) fallen müssen, ist selbstverständlich. Anschließend wandte sich dann der Referent gegen den Krieg und forderte Abrüstung und Völkerverständigung und schloß mit den Worten von Engels: „Die Besserstellung der Arbeiterklasse kann nur ihr Werk selbst sein!“

Egeln.

Unter den Klängen des Sozialistenmarsches wurden die roten Fahnen und Gewerkschaftsbanner in den Saal getragen und hinter dem Banner der Egeln Bergarbeiter schritt der Führer der französischen Bergarbeiter, Coine, begleitet vom Bezirksleiter Reddigau aus Halle. Die Fahnen und die Führer wurden von den Versammelten begeistert empfangen. Die roten Fahnen in ihrer leuchtenden blauen Tracht trugen die Freiheitsfahnen der Eisernen Front in den Saal. „Nur einig, einig müssen wir sein!“ — Erkennt die Macht der Bruder-

... so klang es mahndend aus dem Prolog, den Genossin Wahlens meisterhaft rezitierte.

Es folgte rasender Beifall ein, als der französische Bergarbeiterführer aus Niederpult trat. In französischer Sprache hielt er eine temperamentvolle Rede, die vom Kameraden Grimm nach dem deutschen Manuskript verlesen wurde.

Es gibt kein wirtschaftliches Problem, sagte er, das auf nationalem Grunde gelöst werden kann, den kapitalistischen Trüben und Kariellen der Welt muß die Gesamtheit des internationalen Proletariats entgegengetreten werden. Ueber die Landesgrenzen hinweg reichen sich die Bergarbeiter die Hände zum gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeuter. Haltet der Gewerkschaft die Treue, folgt der Parole der Eisernen Front: **Selb einig!**

Stürmischer Beifall folgte den Worten des französischen Kameraden. Ein Bündel von roten Blüten überreichte ihm Blumen. Die „Internationale“ durchbraute den Saal. Begeistert sang die Versammlung: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Im Namen der Versammlung erklärte Kamerad Grimm: Wir schwören, daß wir einig und fest zusammenhalten wollen im Bergbauindustriearbeiterverband. Die Rezitation „Internationale“, gesprochen von der Genossin Wahlens, bekräftigte diesen Willen zur Einigkeit und zur Völkerverständigung.

„Wacht auf, Verdammt dieser Erde“, erscholl machtvoll der Massengesang der Kumpels. Der Sprech- und Bewegungschor der Arbeiterporzeller aus Hatzborn, die den Gesang der Roten Rebellen vortrugen, wirkte mitreißend und begeistert. „Völker, höret die Signale. Auf zum letzten Gefecht, die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Der gemeinsame Kampfesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ leitete über zu den wundervoll vorgetragenen Liedern der Arbeitergesangsvereine, „Russisches Bauernlied“ und „Morgenrot“. Der Abschied von dem französischen Kameraden war überwältigend. Von der Rieserversammlung umjubelt, verließ Kamerad Coine unter der Gewerkschaftsfahne und den Klängen des Bergarbeiterliedes den Saal, um zur Versammlung nach Helbra im Mansfelder Bergbaurevier zu fahren.

Mansfelder Revier.

Dem Kameraden Coine (Frankreich) wurde für seine Ausführungen starker Beifall gezollt. Die diese Kundgebung noch umrahmenden Aufführungen haben ebenfalls großes Interesse aller Teilnehmer gefunden. Coine wies auf den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hin. Millionen Tonnen Kohle liegen auf Lager und finden keinen Absatz, aber Millionen Menschen müssen hungern und frieren, in ihren kalten Hütten hausen. Die Welt erstickt im Ueberfluß an Lebensmitteln, aber an die hungernden Menschen denkt niemand von den kapitalistischen Machthabern. Darum fordert er auf, alle Kräfte anzuspannen, um das Ziel und die Forderungen der Bergarbeiter-internationale siegreich durchzuführen zu können.

Mit dem begeistert aufgenommenen Kampfesang „Freiheit“ fand die gut verlaufene Kundgebung ihren Abschluß. Der Verlauf der Kundgebung läßt die Hoffnung auskommen, daß auch im Mansfelder Gebiet sich noch intensiver als bisher mit dem Ausbau und der Stärkung der Organisation befaßt wird. Dadurch würden die Mansfelder Kameraden nicht nur wesentlich mithelfen, ihre Forderungen und Wünsche durchzuführen, sondern sie würden auch mit zu maßgebendem Schrittmacher werden für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Sklavenjoch des Kapitalismus.

Geiseltal.

Hunderte Kumpels waren in Geiseltallich zusammengelommen und erlebten eine kampfbegleitete Kundgebung, die ausklang mit den markanten Mahnworten des Kameraden Martmüller: „Für internationale Verständigung und Völkerverständigung — für Verstaatlichung des Bergbaues und für die Vierzigstundenswoche!“ Begeisterten Beifall fanden die Darbietungen der Bergarbeiterjugend von Braunsdorf, die in einem Sprachchor: „Zum internationalen Bergarbeitertag!“ (von R. Heher) ihren Höhepunkt erfuhren. Neben recht ergöt gebotenen Märschen des Fansarenchors der Merseburger Arbeiterjugend und einigen Kampfliedern des Volkshors von Neumarkt und Beuna, die unter Leitung ihres Dirigenten Neubert Hervorragendes leisteten, gefiel ganz besonders der Kinderchor Neumarkt. Einige Rezitationen, die vom Dichter R. Heher selbst vorgetragen wurden, fanden, wie alle Darbietungen, großen Beifall. Besonders gefiel das den Kumpels des Geiseltales gewidmete Gedicht: „Des Kumpels Lieb“. Die Kundgebung zeigt, daß im Geiseltal die freie Gewerkschaftsbewegung fest verankert ist und daß dort intensive Arbeit geleistet wird. Das trifft wohl ganz besonders auf die vorbildliche Jugendarbeit zu. Die Technik und die immer neu modernisierten Produktionsmittel sollen nicht zum Fluch, sondern zum kulturellen Aufstieg der arbeitenden Klasse Anlaß sein. Und so klang die Kundgebung, unter dem Eindruck des Referates des Kameraden Martmüller stehend, aus in dem gewaltigen Kampfruf: „Völker, höret die Signale, auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!“

Zwifaner Revier.

Eine außerordentlich stark besuchte Mitaglieberkundgebung fand im „Goldenen Becher“ in Zwifau statt. Umrahmt war diese mit drei gut aufgeführten Männerchören der Arbeiter-sänger des Kohlenreviers. Als Referent war Kamerad Heinrich Vöfler (Berlin) erschienen, der an Hand seiner Erfahrung der Kohlenwirtschaftsbewegung die bisher unüberbrückbaren Schwierigkeiten nationaler und internationaler Art, die eine Verständigung nicht zustande kommen lassen, darlegte. Aber ein erhebendes Gefühl ist es, wenn an einem Tage, in allen Sprachen der Welt, sich Millionen Bergarbeiter zu einem Ziele bekennen und die Forderung für die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verstaatlichung des Bergbaues vereint erheben. Kamerad Vöfler ging dann in sehr beachtenswerter Weise auf die tatsächliche Bergarbeiterbewegung ein und betonte besonders, daß der alte Sachliche Berg- und Hüttenarbeiterverband das Sozialistengesetz mit überleben mußte, das viele Jahre Gefängnis, Ehren- und Geldstrafen neben vielen Schikanen und Entbehrungen den alten Kämpfern eingebracht hat. Mit den Worten: „Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Wehr“, schloß Kamerad Vöfler seine historischen Betrachtungen über den sachlichen Berg- und Hüttenarbeiter ab.

Die sachlichen Bergarbeiter haben die nationalen Voraussetzungen zu einer internationalen Verständigung erfüllt, indem sie dazu beitragen, daß im Jahre 1890 in Brüssel der erste internationale Bergarbeiterkongreß stattfinden konnte. Wir haben den Krieg, weil durch ihn alle Wege, die zu einer internationalen Verständigung führen, zerstört werden. Der zweijährige Weltkrieg hat Millionen von Menschen getötet und verstümmelt, Milliardenwerte zerstört und vernichtet. Den Frieden zu sichern, ist das große Ziel der internationalen Verbindung der Arbeiterschaft. Kamerad Vöfler kennzeichnete an Hand treffender Beweise die Weltabstufung und ihre unliebsamen Erscheinungen für die Bergarbeiter, namentlich in Deutschland. In geradezu wahnwitziger Weise lobt der Wett-

bewerbskampf in allen bergbaureichenden Ländern; eine internationale Kohlenverständigung ist das Gebot der Stunde! Distaurgelüste von links und rechts lehnen wir ab, dem Ziele der internationalen Verständigung gilt unser Streben. Das soll der Sinn und Zweck der Weltkundgebung sein.

Ganganhaltender Beifall wurde dem Kameraden Vöfler für seine außerordentlich interessanten Ausführungen zuteil.

Lugau-Deilsnitzer Kohlenrevier.

Der Besuch ist zweifellos unter dem gerade zur Mittagszeit einsetzenden starken Regen; trotzdem aber hatten sich gegen 500 Mitglieder eingefunden. Der Referent, Kamerad Vöfler (Berlin) hielt einen äußerst aufklärerischen instruktiven Vortrag. Er verwies auf die geradezu unhaltbaren Zustände der gegenseitigen Preisunterbietung der einzelnen Kohlenländer auf dem Gebiete des internationalen Kohlenmarktes. Trotz Rückgangs des Kohlenverbrauchs durch die Entwicklung der Technik und der Wirtschaftskrise in fast allen bergbaureichenden Ländern eine weitere Aufwärtsentwicklung der geförderten Kohlenmenge. Eine vollständige Anarchie zwischen Absatzmöglichkeiten und geförderter Kohlenmenge, die eine zwingende internationale Verständigung über Regelung der Absatzmärkte, Fördermenge, Arbeitszeit und soziale Einrichtung für die Bergarbeiter unbedingt verlangt. Die ungeheure Preisunterbietung der einzelnen bergbaureichenden Länder um Erringung von Absatzgebieten auf dem Weltmarkt zeitige Blüten einer Preispolitik, die alles andere als volkswirtschaftlich zulässig sind. Wenn heute Kohlen auf den Weltmarkt geworfen werden zu Preisen, die um das Zweifache niedriger sind als im Erzeugerland (Polen), so sind dies eben kapitalistische Zustände, die für die Dauer unhaltbar werden, um so mehr, als sich dieser ungesunde Konkurrenzkampf lediglich auf dem Rücken der Bergarbeiter und des laufenden Publikums der bergbaureichenden Länder abspielt. Um eine solche Regelung mit Erfolg durchzusetzen, müßten zunächst starke nationale Bergarbeiterorganisationen in den bergbaureichenden Ländern vorhanden sein, damit sie auf die Unternehmer im Bergbau und auf ihre einzelnen Regierungen einen Druck zum Verständigungswillen auf diesem Gebiet ausüben können. Alle Kritik und alle von den Kommunisten auf diesem Gebiet zum Ausdruck kommenden noch so schönen Phrasen werden an diesen Tatsachen nichts ändern können.

Zeig.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration gestaltete sich die in Wildschütz abgehaltene gut besuchte internationale Kundgebung. Die Bergarbeiter, so führte der Referent, Kamerad Murgauer (Bochum), aus, waren diejenige Berufsgruppe, die nach dem letzten großen Völkermorden als erste den Weg zur internationalen Zusammenarbeit wiedergefunden hat. Aus dem Kohlenmangel der Nachkriegszeit, hervorgerufen durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen, ergab sich im Laufe der Zeit ein Ueberfluß, der, durch die Unfähigkeit der privatkapitalistischen Machthaber, Wege zu einer vernünftigen Regelung der Kohlenwirtschaft einzuschlagen, herbeigeführt wurde. In Voraussicht dieser Entwicklung hat die Bergarbeiterinternationale bereits im Jahre 1923 die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter gefordert. Die politische Reaktion in England und in Deutschland hat die Erledigung dieser für die Bergarbeiterschaft wichtigen Frage bis jetzt verhindert. Wir müssen daher immer und immer wieder die Regierung an ihre Pflicht den Bergarbeitern gegenüber erinnern. Das allein genügt aber noch nicht. Unser weiteres Ziel ist die Verstaatlichung des pri-

Der Gelsenberg-Abschluß 1931-32.

Keine Bilanzvereinigung. — Verschlechterte Liquidität. — 60 Prozent Einfluß beim Stahlverein.

Trotzdem das Geschäftsjahr 1931-32 der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. bereits am 31. März beendet war, legt die Verwaltung erst heute den Geschäftsbericht mit der Bilanz vor. Der Grund für diese Verzögerung dürfte in erster Linie auf den im laufenden Geschäftsjahre erfolgten Besitzwechsel des Mehrheitsaktienbesitzes von der Gruppe Fild auf das Reich zurückzuführen sein, also in Verbindung mit den Prüfungsarbeiten des Geheimrats von Flotow stehen. Aus diesem Grunde hatte man allgemein erwartet, daß die Verwaltung einen abschließenden Bericht über die immer noch reichlich schwebenden Vorgänge vor und nach dem Uebergang des großen Aktienkapitals auf das Reich erstatten werde. In dem Geschäftsbericht ist aber darüber nicht ein Wort die Rede, ja sogar die Verwaltung legt sich hinsichtlich der Bilanz eine noch größere Publizitätsreserve auf, als das in früheren Jahren der Fall war. Die Deffentlichkeit, welche letzten Endes die Gelsenberg-Transaktion mit ihren Steuergroßen finanzieren muß, hat doch zumindest ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Verhältnisse bei Abschluß des Hundertmillionen-Geschäftes am Bilanzstichtage tatsächlich gelegen haben.

Das hervorsteckendste und bei weitem wichtigste Aktium ist naturgemäß das Wertpapier- und Beteiligungs-konto, welches in der Bilanz mit einem Betrage von 366,10 Mill. M. erscheint. In diesem Konto liegt der Schlüssel zu dem Mehrheitsbesitz beim Stahlverein. Gegenüber letzterem treten die kleinen Beteiligungen, welche die Verwaltung nicht als „Dauerbesitz“ bezeichnet, um ein erhebliches zurück. Um den Wert dieser kleineren Beteiligungen den derzeitigen Verhältnissen anzupassen, hat man auf diese eine Sonderabrechnung von 7,5 Mill. M. vorgenommen. Zwar gibt der Geschäftsbericht im einzelnen nicht darüber Aufschluß, welche Werte abseits von der Stahlvereins- und Phönix-Beteiligung als Dauerbesitz betrachtet werden, aber man muß den Eindruck gewinnen, daß sich nach Ansicht der Verwaltung der hinsichtlich einer Bereinigung noch schwebende Fragenkomplex nur auf den Besitz von Stahlvereinswerten beziehen kann. Die Regelung dieser Frage, welche der künftigen wirtschaftlichen und politischen Gestaltung aller Dinge überlassen bleibt, beherrscht das gesamte Bilanzbild, ja sogar sie wird ausschlaggebend sein für das Schicksal des Unternehmens überhaupt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist durch die Auflösung eines Konjunktialgeschäftes, über das die Verwaltung nur orakelhafte Andeutungen macht, ein weiterer Zuwachs von Stahlvereins- und Phönix-Aktien zu verzeichnen und zwar im Werte von 9,6 Mill. M. Die Gesellschaft besitzt nunmehr mit einem Bestande von 255,9 Mill. M. Stahlvereinsaktien etwa 33 Proz. des Gesamtkapitals der Ver. Stahlwerke und mit 90,62 Mill. M. Phönix-Aktien eine weitere Stahlvereinsbeteiligung von etwa 27 Proz., so daß

Gelsenberg heute rund 60 Proz. des Stahlvereins-Aktienkapitals beherrscht. Bilanzmäßig sind die Stahlvereins-Aktien mit 97 Prozent heutiger Kurs etwa 28 Prozent) und die Phönix-Aktien mit 100 Prozent (heutiger Kurs etwa 30 Prozent) bewertet. Jedem Einsichtigen wird es

vaten Bergbaues. Die sogenannten Wirtschaftsführer sind offensichtlich nicht in der Lage, noch haben sie den Willen, die im Interesse der Allgemeinheit zu meistern. Mehr oder weniger ist die großen Kongerne ihr Leben auf Kosten des Staates so daß die Bergereifung durch den Staat nur eine Legitimierung des wirtschaftlichen Besitztums bedeuten würde. Um die Ziele zu verwirklichen, gilt es, nicht nur die Verständigung auf internationaler Ebene fortzusetzen, sondern notwendig in allen Ländern auch der nationale Zusammenschluß der Arbeiterklasse. — Die Ausführungen des Kameraden Murgauer wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bezirk Waldenburg.

Anwesend waren 350 bis 360 Teilnehmer. Aus 28 gemeldeten Jugiteilen haben rund 200 Funktionäre teilgenommen. Die Aufmerksamkeit war sehr reger. Um nicht das ganze Werkfest der Bergarbeiterinternationale an die Bergarbeiter der Waldenburg zu verlieren, wurde die Internationale Bergarbeiterkongreßes in London zur Abstimmung stellen zu brauchen, hatten wir eine Entschliebung vorgebracht, welche einstimmig angenommen wurde. Trotzdem auch mehrere Anhänger der Kumpel anwesend waren und trotzdem Kamerad Peter Zimmerer ihn sehr unerblickt die Wahrheit gesagt hat, stimmten sie mit für die Entschliebung. Sie haben nicht einmal Stimmenthaltung geübt. In der Entschliebung heißt es:

„In der Erwägung, daß sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter und ihrer Familien, die Bergarbeiterinvaliden, -witwen und -weisen in den letzten Jahren ständig verschlechtert haben, macht sich die Kundgebung die Forderung der Bergarbeiterinternationale zu eigen und beschließt, die in dem Manifest der Bergarbeiterinternationale an die Bergarbeiter der Welt sowie in der Entschliebung des 30. Internationalen Bergarbeiterkongreßes in London aufgestellten Forderungen mit allen Mitteln zu unterstützen und zu fördern. Es fordert die Reichs- und Staatsbehörden auf, bei den internationalen Wirtschaftsverhandlungen für die Erfüllung der Forderungen einzutreten. Die Kundgebung wendet sich aber auch an alle Bergleute, die bisher noch abseits stehen in dem Kampf die Wirtschaftsnöte im Bergbau zu beseitigen. Sie fordert alle unorganisierten Bergleute auf, in den Verband einzutreten, um in einer geschlossenen Front aller Arbeitnehmer für einen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wiederaufstieg der Bergarbeiter zu kämpfen.“

Senftenberg.

Die Kundgebung in Senftenberg ist gut und programm-mäßig verlaufen. Erschienen waren etwa 900 bis 1000 Kameraden. Der große Saal der Gesellschaftshauses war dicht besetzt, auch die Galerie, so daß Schätzung und Ueberblick sehr vorzüglich gehalten sind. Die Kundgebung war umrahmt von zwei Kampfliedern des Arbeitergesangsvereins Büdgen. Außerdem sprach ein Jungkamerad der Zahlstelle Senftenberg III einen Prolog. Er begrüßte den französischen Kameraden mit einem Strau-rotter Nellen. Der französische Kamerad sprach in seiner Muttersprache, die Herr Studienrat Dr. Thies (Senftenberg) sofort ins Deutsche übertrug. Außerdem sprach der Provinziallandtagsabgeordnete Landrat z. D. Freter eindrucksvolle Worte für die Durchführung der Forderung. Die Stimmung unter den Anwesenden war vorzüglich. Es ist zu hoffen, daß diese Kundgebung nicht nur in Kameradenkreisen, sondern darüber hinaus in der Öffentlichkeit doch einige Wirkung zu unseren Gunsten und für unsere Forderungen haben wird.

einstehend sein, daß dieser Bilanzposten bei seiner gewaltigen Ueberbewertung dringend einer Bereinigung bedarf. Gerade hierin spiegelt sich der ungeheure Werteverfall wieder, der im Verlauf jener verhängnisvollen privatkapitalistischen Monopolkrisis eine Unterminierung der Kapitaldecke aller Unternehmen zur Folge hatte. Die vielen Betriebsstilllegungen, welche dem bekannten Quotenmacher immer neuen Nährboden gaben, sind weitere markante Folgeerscheinungen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik.

Im übrigen zeigt die Bilanz gegenüber dem Vorjahre eine weitere Verschlechterung der Liquidität. Nach den gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre stehen die Werksanlagen nach mit 75 Mill. M. zu Buch. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die Gesellschaft 2695 Häuser mit 7566 Wohnungen besitzt, die zum größten Teil in jeder Zeit auch für Nichtbesitzergemeinschaften verwertbar sind. Wohnlage der Städte Essen und Dortmund liegen. Die Werksanlagen umfassen 376 390 (342 216) To. Rohle, 73 075 (92 894) Tonnen Roks und 0 (3210) To. Briketts. Die fremden Mittel verminderten sich auf 150,29 (160,26) Mill. M. im wesentlichen durch Rückzahlung von Aufwertungshypothesen und Tilgung fälliger Raten. Während die Schuldner in Höhe von 48,85 (73,73) Mill. M. einen erheblichen Rückgang erfuhren, erhöhten sich die Gläubiger von 16,18 im Vorjahre auf 19,21 Mill. M. im Geschäftsjahr 1931-32.

Weiter heißt es in dem Geschäftsbericht, daß die Kohlenförderung der zehn Zechen von 4,78 auf 3,85 Mill. To., die Koksproduktion von 0,56 auf 0,41 Mill. To. zurückging; andererseits erfuhr die Brikettproduktion eine Erhöhung von 0,44 auf 0,46 Mill. To. und die Gasabgabe eine solche von 51,15 auf 52,26 Mill. Kubikmeter. Die Durchschnittsbefähigung der Zechen betrug 12 182 Ungefähre und Arbeiter gegen 13 731 im Vorjahr, war also um 23 Prozent niedriger. Am Bilanzstichtag, also am 31. März d. J., waren noch 11 075 Mann beschäftigt.

Es wäre wirklich zu begrüßen, wenn in der am 14. Dezember stattfindenden Generalversammlung endlich einmal Klarheit über den Komplex Gelsenkirchen — Stahlverein geschaffen würde. Nach Lage der Verhältnisse muß es unverständlich erscheinen, auf Grund welcher Feststellungen der vom Reich mit der Prüfung beauftragte Geheimrat von Flotow angeblich in seinem Gutachten über den Gelsenkirchen-Stahlvereinskomplex zu einer optimistischen Beurteilung der gegenwärtigen Situation bei diesen Unternehmen gelangen konnte. Trauriger als die Lage dieser Industrieunternehmen mit ihren aufgeblähten Anlagen- und Beteiligungskonten kann man sich solche doch beim besten Willen kaum vorstellen. Es sei denn, daß auch Herr von Flotow sich zu der höchst eigenartigen und durchaus nicht vertretbaren Ansicht des Frh Thyllen durchgerungen hat, daß alles „eine Frage der Bewertung“ sei. Thyllen als stark interessierter Großaktionär des Stahlvereins weiß, warum er diese haltlose Behauptung aufstellt, aber Herr von Flotow als unparteiischer Gutachter kann und darf nur vom Gesichtspunkte der nüchternen Tatsachen ausgehen, wenn sein Revisionsbericht mehr als Mahnwort haben soll.

Wetter- und Explosionsgefahren - Wetterkontrolle.

Die gefährlichsten Betriebe im Steinkohlenbergbau hinsichtlich Gas und Kohlenstaub sind die Flözaufhauen, Aufbrüche und die Streckenvortriebe. Letztere werden leider nicht die notwendige Beachtung geschenkt, obwohl sie zahlenmäßig mehr Menschenleben vernichten als die Aufbrüche. Die Fälle Minister Stein 1925 und Mont Cenis 1930 sind furchtbare Beispiele. Bei dem heute betriebenen Abbau kommen dafür hauptsächlich die vorgetriebenen Ortstrecken der Abbaustöße in Frage. Die dort auftretenden Schlagwetter- und Entzündungsgefahren sind um so schlimmer zu bewerten, als dadurch die im Abbau befindlichen Belegschaften unbedingt gefährdet sind.

Bei der Einführung der elektrischen Lianusschaltlampen im preussischen Steinkohlenbergbau wurden besondere Bestimmungen erlassen (für das Oberbergamt Dortmund zum Beispiel die Verfügung I 522.24). In diesen ist festgelegt, wer eine Wetterlampe zwecks Wetterkontrolle mitzuführen habe bzw. eine solche mitführen dürfe. So zum Beispiel müssen die Aufsichtspersonen (gemäß § 73 des Allgemeinen Berggesetzes), die Schließberechtigten und die Wettermänner zwecks Untersuchung der Grubenbaue auf das Vorhandensein schädlicher Gase Wetterlampen mit sich führen. Mitglieder des Betriebsausschusses können Wetterlampen mit sich führen. Auf besonders gefährlichen Gruben ist die Mitnahme von Wetterlampen anderen als den angeführten Personen unter allen Umständen verboten. Außerdem wird bestimmt, daß jeder belegte Betriebspunkt, vor dem nur elektrische Lampen verwendet werden, regelmäßig während der Schicht, mindestens einmal durch den Abteilungssteiger auf das Vorhandensein schädlicher Gase untersucht werden muß. Für Flözaufhauen und Gesteinsaufbrüche, die ohne Bohrerbohrverbindungen nach oben arbeiten, ist ferner vorgeschrieben, daß dort die Untersuchung nicht länger als eine Stunde vor Einfahrt der Belegschaft vorzunehmen ist. Ferner sind diese Betriebspunkte während der Schicht mindestens zweimal, und zwar in Zeitabständen von nicht weniger als zwei Stunden, durch eine Aufsichtsperson mit der Wetterlampe auf das Vorhandensein schädlicher Gase zu untersuchen. Nach dem Weglaufen von Schülern ist der Betriebspunkt vom Abteilungssteiger oder einer von diesem beauftragten, zum Besitz einer Wetterlampe berechtigten Person auf das Vorhandensein schädlicher Gase zu untersuchen, bevor sich die Belegschaft vor Ort begibt.

Es ist in letzter Zeit öfter vorgekommen, daß die in Frage kommenden Aufsichtspersonen nur mit der elektrischen Lampe eingefahren sind. In anderen Fällen haben die Aufsichtspersonen die Lampe unten im Grubenbau an irgendeiner Stelle zurückgelassen, weil ihnen das Mitschleppen lästig war. Uns ist sogar ein Fall bekannt, wo ein akademisch gebildeter Steiger sich diese Fahrlässigkeit zuschulden kommen ließ. Einige solche Fälle dürften aber auch den lokalen Bergbehörden bekannt sein. Wo diese irgendwelche Schlußfolgerungen daraus gezogen haben, ist uns nicht bekannt. Es liegt uns fern, gegen die Aufsichtspersonen allgemein Vorwürfe zu erheben; wir wissen, daß es gewissenhafte gibt. Die von uns gemachten Fälle sind aber keine Seltenheiten. Gelegentlich einer mündlichen Verhandlung mit der oberen Bergbehörde haben wir auf diese Uebelstände hingewiesen. Von einem ihrer namhaften Vertreter wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß man gegen solche Aufsichtspersonen nötigenfalls mit der Disqualifikation vorgehen müßte.

Eine andere Schlagwettergefahr,

die sich im Laufe der letzten Jahre entwickelte, sind die übermäßig hohen Abbaustöße. So mußten wir einmal der oberen Bergbehörde mitteilen, daß es im Ruhrgebiet Abbaustöße gäbe, die mit einem Schlagwetterabzug im freien Wetterstrom bis zu 3 und 4 Prozent arbeiten. Auch diese Fälle waren den Zechenbeamten sowie den lokalen Bergbehörden bekannt. Nichts geschah! Erst als sich die Bergarbeiter in ihrer Todesgefahr an uns wandten, trat eine Besserung ein. Diese Gründe sind es auch, die den Werksverwaltungen Veranlassung geben, immer

größere Wettermengen durch die Grubenbau hindurchzulassen. Vielfach wird das von Unternehmern als eine „soziale Tat“ gepriesen. Wir danken — denn wir sind gewiß, daß in 90 von 100 Fällen diese soziale Tat ausbleiben würde, wenn sie die Betriebstechnik nicht unbedingt forderbe.

Vielfach schlägt aber die „soziale Tat“ in das direkte Gegenteil um und zwar in eine furchtbare Feinigung der Bergleute. Versuche haben ergeben, daß bei einer Wettergeschwindigkeit von 4 Sekundenmeter die Grenze des Erträglichen bereits überschritten ist. Man war gezwungen, den Bergleuten Schutzbrillen zu geben; aber auch dann ist die Arbeit noch eine große Qual. Es sind ja insbesondere die schlagwettergefährlichen Feinkohlenflöße, die einer äußerst starken Wettererregung bedürfen, die aber auch gleichzeitig zu großer Staubentwicklung neigen. Die hohen Abbaustöße gleichen dann furchtbar qualmenden Kaminen, durch die eine vom starken Wetterstrom gepfeifchte, undurchdringliche Staubwolke hindurchzieht. Die Lüftungsorgane werden verklebt, das Arbeiten wird zur Qual. Die schon an sich unerträgliche 4-Sekundenmeter-Geschwindigkeit der Wetter kann aber unter Umständen zur genügenden Verbünnung der Schlagwetter auch noch unzureichend sein. Schon in der Vorkriegszeit wurden die im Ruhrgebiet pro Tonne geförderte Kohle ausströmenden Methangasmengen auf 7 Kubikmeter durchschnitlich, im Höchstfalle sogar bis auf 70 Kubikmeter und mehr berechnet. (1 Kubikmeter Methan = 10 Kubikmeter 10prozentige Schlagwetter.) In gasgefährlichen Flößen sind die Mengen natürlich um das Vielfache größer. Jeder kann nun ungefähr berechnen, welche Gasmengen aus den übermäßig hohen Abbaustößen mit Förderungen von 800 bis 1000 und mehr Tonnen pro Schicht abströmen.

Wir fordern also schärfste Kontrolle der Streckenvortriebe und der hohen Abbaustöße überhaupt. Insbesondere erheben wir die Forderung auf Sicherung der Belegschaften in diesen hohen Abbaustößen, sei es durch Gesteinsaufbrüche oder andere Mittel. Unsere Forderungen sind nicht neu. Schon jahrelang erheben wir sie nicht nur in unserem Verbandsorgan, sondern in allen dafür in Frage kommenden Verhandlungen. Und sollen wir unsere Forderungen, die begründet werden von den furchtbaren Belegungsfolgen der Massentatastrophen, immer wieder erheben? Wie lange noch? Alle gewissenhaften Menschen sind einig mit uns, daß unsere Forderungen durchaus berechtigt sind.

Eine sehr wichtige Frage ist auch die

Kontrolle gestundeter Grubenräume,

soweit sie nicht wetterdicht abgemauert sind. Gewiß, die Werksleitungen sagen, daß ihre Beamten ja auch diese Grubenräume untersuchen. Aber man weiß, wie es in den Grubenabtrieben heute zugeht. Selbst der gewissenhafte Beamte findet nicht die Zeit dazu. Das furchtbare Unglück von Wsdorf sollte eine Warnung sein!

Immer wieder gehen uns Klagen zu, daß den Betriebsausschussmitgliedern die Kontrolle gestundeter Grubenräume nicht gestattet wird. Nach unserer Meinung liegt das nicht nur im Interesse der Bergarbeiter, sondern auch des Bergbaues überhaupt. Ein neuerlicher Fall wurde uns aus dem Bergrevier Bochum-Nord gemeldet. Auf der stillgelegten Zeche Constantin 1-2 brach ein Grubenbrand aus. Die Brandwetter zogen nach einer Nachbaranlage, wo mehrere Bergleute an Kohlenordnungserkrankung erkrankten. Dabei stellte sich heraus, daß auf der stillgelegten Schachtanlage, die noch als selbständiger Betrieb weitergeführt wird, gar keine Betriebsvertretung vorhanden ist. Im Beisein des Ersten Bergrats Kabollet stellte dann der Betriebsausschuss der Nachbaranlage den Antrag, ihm die Befahrung der Grubenbaue auf der stillgelegten Zeche zu gestatten. Sowohl die Betriebsleitung als auch der Bergerrat Kabollet lehnten das ab. Das ist ein Verstoß gegen die Vorschriften der höheren Bergbehörde als Beispiel angeführt. Anscheinend hat Kabollet nunmehr einen Wind mit

dem Zaunpfahl bekommen (er reagiert anscheinend nur auf solche Zellen), denn die Werksverwaltung soll sich nachträglich bereit erklärt haben, entweder einen neuen Betriebsrat auf der stillgelegten Anlage (wo immer noch unterirdisch 30 Mann beschäftigt sind) wählen oder den Betriebsausschuss der Nachbaranlage dort fahren zu lassen. Kabollet ist uns schon seit langem als einer jener Bergrevierbeamten bekannt, die sich sehr viel um die Rentabilität der Grube, weniger aber um die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen kümmern. Aus keinem Bergrevier gehen uns soviel Klagen der Betriebsvertretungen über knifflige Hemmungen der Bergbehörde zu wie aus dem Revier Kabollets. Hoffen wir, daß wir uns künftig nicht noch mehr mit ihm befassen müssen!

Nochmals: Gasvergiftung beim Blasverlag.

Unsere Mitteilung über die Vorfälle auf der Zeche Concordia 4-5 in dieser Zeitung vom 19. November d. J. hat draußen viel Beachtung gefunden; das beweisen uns eine Reihe Zuschriften aus Fachkreisen. Allgemein wird Erstaunen zum Ausdruck gebracht, warum man nicht von vornherein die Beobachtungen in der Grube aufgenommen habe, nebst den Messungen auf der Berghalde, die an sich notwendig waren. Aus Kreisen der Ärzte wurde uns mitgeteilt, daß bei den Behandlungen im Krankenhaus von der dortigen Ärzteschaft tatsächlich Gasvergiftungen festgestellt wurden. Unsere Kritik stützt sich auf einen Bescheid des Oberbergamts, der uns auf unsere Beschwerde erteilt wurde. Wir zitieren nachfolgenden entscheidenden Absatz:

„Von den von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 25. Juli und 2. August als erkrankt genannten Personen sind die Hauer Brinken und Lohr als „gasvergiftet“ in das Krankenhaus eingeliefert worden. Bei den Hauern Wollers und Huber liegt zweifellos keine Gasvergiftung vor. Der Hauer Janßen hat nicht krankgeleitet. Nach unseren Untersuchungen steht bei Brinken und Lohr nicht fest, ob tatsächlich eine Gasvergiftung vorgelegen hat und welcher Art sie war. Der behandelnde Arzt glaubt, daß die Erkrankung durch einen Mangel an Sauerstoff eingetreten sei. Wir neigen daher der Auffassung zu, daß die Erkrankungen auf das Auftreten starken Staubes beim Verblasen anscheinend noch warmer Haldenberge zurückzuführen sind, die vermutlich an einzelnen Tagen in die Grube gelangt sind.“

Wenn uns nun ärztlicherseits mitgeteilt wird, daß man Vergiftungen mit Sicherheit im Krankenhaus festgestellt habe, dann sind hier Widersprüche vorhanden. Wir haben die Ärzte zu Unrecht kritisiert, weil wir den Angaben des Oberbergamtes glaubten. Uebrigens gibt es noch einen anderen unhaltbaren Zustand. Der zuständige Gewerbedirektor teilte uns mit, daß er erst später durch Mitteilung aus Arbeiterkreisen von den Vorkommnissen erfahren und nachher alles getan habe, was möglich gewesen sei. So geht es doch wirklich nicht! Nach unserer Ansicht gehört es unbedingt zur Aufgabe der Bergbehörde, in solchen Fällen so schnell wie möglich den zuständigen Gewerbearzt hinzuzuziehen.

51. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 11. bis 17. Dezember 1932

König Kohle

Amerikan. Bergarbeiterroman von Upton Sinclair.
Copyright by Malik-Verlag.

Hal übersiedelte sofort und opferte einen Teil seiner monatlichen Wohnungsmiete, die von der Gesellschaft Reministri gutgeschrieben wurde. Doch war Hal gerne bereit, für die Vorzüge einer sauberen Wohnung und eines guten Essens zu zahlen. Zu seiner Belustigung sah er, daß er in den Augen der irischen Freunde durch sein Wohnen bei den Minettis an Ansehen verlor. Anscheinend waren die sozialen Grenzen im Nordtal sehr streng. Die Amerikaner, Engländer und Schotten verachteten die Iren und Waliser, diese verachteten wiederum die Italiener und Spanier; Italiener und Spanier sahen auf Polen und Russen herab, die ihrerseits Griechen, Bulgaren und die „Monteneger“ verachteten, und so ging es durch alle Nationen, Letten, Slowaken, Armenier, Rumänen, Rumelien, Ruthenen, bis zu den Mexikanern, Negern und den allerletzen, allerverachteten, den Japanern.

Diese Tatsache erfuhr Hal, als er die Raffertys besuchte. Mary Burke befand sich eben dort, und als sie ihn erblickte, blühten ihre grauen Augen mutwillig auf: „Wie geht's, Herr Minetti?“ rief sie.

„Wie geht es Ihnen, Fräulein Rosetti?“ gab er die Deckerei zurück.

„Lieben Sie die Spaghettini?“

„Sie nicht?“

„Ich sagte es Ihnen bereits“, lachte das Mädchen. „Mir genügen die guten, alten Kartoffeln.“

Und dann kamen noch die Rafferty Kinder hinzu, die sich inzwischen mit Hal angefreundet hatten: „Herr Minetti! Lieben Sie Spaghettini?“

Die Situation begreifend, fühlte Hal sich versucht, sie daran zu erinnern, daß er zuerst bei den Irländern Quartier nehmen wollte, jedoch abgewiesen worden war; er fürchtete aber, dadurch die Eltern Rafferty zu beleidigen, und er gab deshalb vor, die Raffertys stets für Italiener gehalten zu haben. Er redete den alten Rafferty feierlich an, nannte ihn Signor Rafferty, mit italienischer Betonung, und dies belustigte den alten Mann derart, daß er darüber fast eine Stunde lang immer wieder lachte. Sein Herz taute dem lustigen, jamaica Purtschen gegenüber auf; er vergaß ein wenig seinen Verdacht, und nach dem die Kinder schlafen gegangen waren, erzählte er ziemlich offenherzig aus seinem Bergmannsleben.

Einst hatte es geschienen, als würde der alte Rafferty hoch hinauf kommen. Er war in der San-Jose-Grube Waagmeister gewesen, doch hatte er die Stellung aufgegeben, weil er fand, daß seine Religion die Ausführung der ihm erteilten Befehle nicht gestatte. Man erwartete dort von ihm, daß er, wieviel auch immer die Hauer heraufschickten, niemals mehr als ein gewisses Gewicht Kohle buche. Da Rafferty es vorzog, diese Stelle aufzugeben, statt dem Befehl nachzukommen, mußte er die Grube verlassen, weil ja jedermann wußte, weshalb er nicht länger Waagmeister hatte sein wollen, und seine bloße Gegenwart genügte, um die allgemeine Unzufriedenheit am Leben zu erhalten.

„Glauben Sie, daß es gar keine ehrlichen Gesellschaften gibt?“ fragte Hal.

Der alte Mann erwiderte: „Es gibt schon einige, doch ist ehrlich sein gar nicht so leicht, wie Sie meinen. Die Gesellschaften müssen mit den gleichen Preisen arbeiten; wiegt die eine falsch, so müssen die anderen dem Beispiel folgen. Dies ist eine Art, die Löhne herabzudrücken, ohne daß es von den Arbeitern bemerkt wird. Es gibt ja überall Leute, die auf ihren Profit bedacht sind.“ Und Hal mußte an den alten Peter Harrigan denken, der die Leitung der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft in der Hand hielt und der einmal gesagt hatte: „Ich bin ein großer Liebhaber von Dividenden.“

„Das Unglück des Bergmanns“, fügte der alte Rafferty hinzu, „ist, daß niemand für ihn eintritt.“ Er steht ganz allein.“

Hal hatte während des Gesprächs die „rote Marn“ beobachtet; sie sah abewagt, die Arme auf den Tisch gesetzt, ihre Haltung verriet die harte Tagesarbeit. Nun mißte sie sich ins Gespräch, ihre Stimme ertönte plötzlich, bebend vor Verachtung: „Das Unglück des Bergmanns besteht darin, daß er ein Sklave ist!“

„Aber Marn...“, protestierte der alte Mann.

„Die ganze Welt steht gegen ihn, und er hat nicht genug Verstand, sich zu organisieren, eine Gewerkschaft zu gründen, sie aufrechtzuerhalten.“

Ein jähes Schmeigeln fiel schwer auf das Heim der Raffertys nieder. Sogar Hal war verblüfft, zum erstenmal hörte er im Kohlenrevier das Wort „Gewerkschaft“ anders als im Flüsterton auszusprechen.

„Ich weiß“, sagte Mary, bösen Trost in den grauen Augen, „Ihr wollt das Wort nicht hören. Aber trotzdem werden es einige aussprechen.“

„Das ist alles schön und gut“, beschwichtigte der alte Mann.

„Du bist jung, bist eine Frau...“

„Eine Frau? Haben denn nur Frauen Mut?“

„Freilich“, erwiderte er mit sauerlichem Lächeln. „Die Frauen haben finke Zungen, und man kann sie nicht hindern, diese zu gebrauchen. Das wissen sogar die Aufseher.“

„Mag sein“, sagte Mary. „Und vielleicht haben auch die Frauen im Kohlenrevier am meisten zu leiden; und vielleicht wissen die Aufseher das!“ Die Wangen des Mädchens brannten dunkelrot.

„Vielleicht“, entgegnete Rafferty, dann schwieg er und paffte

an seiner Pfeife. Es war klar, daß er nicht weitersprechen, keine Gewerkschaftsreden in seinem Hause dulden wollte.

Nach einer Weile versuchte Frau Rafferty schüchtern ein anderes Thema anzuschlagen, indem sie sich nach Marys Schwester, die krank gewesen war, erkundigte; sie sprachen von verschiedenen Heilmitteln gegen Kinderkrankheiten, dann erhob sich Mary: „Ich muß gehen.“ Hal stand ebenfalls auf: „Ich werde Sie begleiten, wenn Sie erlauben.“

„Natürlich“, lachte sie, und die ganze Familie Rafferty schien durch diese Neußerung von Hals Galanterie wieder in heitere Stimmung versetzt worden zu sein.

Als sie die Straße entlang schritten, bemerkte Hal: „Heute habe ich hier zum erstenmal das Wort „Gewerkschaft“ gehört.“

Mary sah sich ängstlich um: „Leise!“ flüsterte sie.

„Sie haben doch selbst davon gesprochen!“

„Es ist etwas anderes, ob man im Hause von Freunden über etwas spricht oder auf der Straße. Weshalb soll man seinen Verdienst fortwerfen?“

Er dämpfte die Stimme zu einem Flüsterton herab: „Möchten Sie wirklich hier eine Gewerkschaft haben?“

„Wirklich? Haben Sie denn nicht eben selbst gesehen, wie feig Herr Rafferty ist? Und so sind sie alle. Nein, nein, ich hatte nur wieder einmal die Geduld verloren. Ich bin heute Abend halb verrückt, habe auch allen Grund dazu.“

Er glaubte, sie würde weitersprechen; doch schien sie sich anders besonnen zu haben. Schließlich fragte er: „Was ist geworden?“

„Es hat keinen Sinn, darüber zu reden“, erwiderte Mary; dann gingen sie eine Zeitlang schweigend nebeneinander her.

Mary Burke hatte gesagt, daß der Gesellschaft wenig an den heißen Knochen ihrer Arbeiter liege, und Hal bekam bald Gelegenheit, sich von der Richtigkeit dieses Ausspruches zu überzeugen.

Im Schacht Nr. 2 wurde an einigen Stellen nach der sogenannten Zimmer- und Säulenmethode gearbeitet, das heißt, die Kohle wurde derart ausgehauen, daß die Wände des Raumes als Stütze stehenblieben. Diese Wände werden als „Säulen“ bezeichnet. Ist der Bergmann bis zum Ende des Kohlenflözges gekommen, so arbeitet er sich zurück und reißt die „Säulen“ nieder, bis schließlich hinter ihm die Decke einstürzt. Dies ist eine gefährliche Arbeit, bei der der Mann die hämmernben Töne des Gesteins belauschen und den genauen Augenblick berechnen muß, der ihn vor dem drohenden Zusammensturz stehen heißt. Bismeilien kommt es vor, daß er zurückbleibt, um ein Werkzeug zu retten, oder daß der Zusammenbruch ganz unerwartet erfolgt. In solchen Fällen wird das Opfer nur selten ausgegraben; man muß ja zugeben, daß ein Mann, der unter einem Steinfall liegt, gar nicht besser begraben werden könnte.

In Nr. 2 hatte das Unheil auf diese Art einen Mann ertötet. Er war im Lauf gestolpert und die untere Hälfte seines Körpers wurde verschüttet. Der Arzt kam und versuchte, ihn mit Stüt-



Johann Groß, Marienthal, eingetr. 1. 2. 1884 Sächs. Verband, übergetr. 1. 9. 1889 Deutsch. Verb. Karl Schneider, Marienthal, eingetr. 1. 4. 1883 Sächs. Verband, übergetr. 1. 1. 1899 Deutsch. Verb. Richard Matzner, Pöhlitz, *) eingetr. 1. 11. 1889 Sächs. Verband, übergetr. 1. 7. 1898 Deutsch. Verb.

Drei sächsische Veteranen.

*) M. ist heute noch Unterkassierer in der Zahlstelle Pöhlitz.

Um das Schicksal der Zeche Sachsen. Die Regierung muß Antwort stehen.

Eine Große Anfrage wurde von den Kameraden Winger, Osterroth, Franz, Jakobs, Bogt und den übrigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei im Preussischen Landtag eingebracht, in der es heißt:

„Die Zeche Sachsen ist unmittelbar vor dem Kriege abgeteufelt und während des Krieges und in der Nachkriegszeit zu einer der modernsten Schachtanlagen des Ruhrreviers ausgebaut worden. Sie hat eine hochwertige Gaskohle und alle erforderlichen Nebenanlagen. Die Syndikatsquote beträgt 1 160 000 Lo. Kohle und 300 000 Lo. Koks. Die Belegschaftszahl beträgt etwa 1400 Mann. Von besonderem Interesse ist, daß die Ferngasstrecke der Ruhrgas-AG nach Hannover im wesentlichen gespeist wird durch die Kokeranlage der Zeche Sachsen und der benachbarten Zeche de Wendel, die ebenfalls stillgelegt werden soll, weil das Ruhrkohlen-Syndikat seinen Koks in Frankreich und Voithringen weit unter den Selbstkosten des Ruhrbergbaues verschleudert, so daß die französischen Besitzer der Zeche de Wendel gar kein Interesse mehr haben am Weiterbetrieb der Zeche de Wendel. Werden beide Zechen stillgelegt, so ist die Ferngaslieferung nach Hannover mindestens auf geraume Zeit erheblich gefährdet. Es ist schwer zu verstehen, daß das Reich auf der einen Seite mit immensen Mitteln auf Kosten der Steuerzahler die Wirtschaft anturbein will und auf der anderen Seite solche üblen Spekulationen Quotenverkäufe zuläßt.

Wir fragen daher das Staatsministerium: Waren die zuständigen Behörden von den Verkaufsverhandlungen, soweit sie die Zeche Sachsen betreffen, vor dem Abschluß unterrichtet oder haben sie gar ihre Zustimmung zu der Veräußerung gegeben?

Wurden die behördlichen Vertreter des Reiches und Preußens im Ausschussrat der Mansfeld-AG. etwa vor fertige Tatsachen gestellt?

Ist das Preussische Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung darauf zu drängen, daß Quotenverkäufe ähnlicher Art künftig unmöglich gemacht und Stilllegungen aus Anlaß von Quotenverkäufen verhindert werden?

Was gedenkt das Staatsministerium zu unternehmen, um die Stilllegung der Zechen Sachsen und de Wendel zu verhindern? *

Nun hat auch die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau

zu dieser Frage Stellung genommen. Für die Sitzung am 2. Dezember 1932 hatte die Arbeiter- und Angestellten-Gruppe eine

Entscheidung vorgelegt, aus der wir folgendes wiedergeben:

„Die Arbeitnehmergruppe der Arbeitskammer hat sich mit der Stilllegung der Zeche Sachsen eingehend beschäftigt. Sie ist dabei zu der Auffassung gekommen, daß die Bestrebungen auf Stilllegung der Zeche Sachsen aus nachfolgenden Gründen abgewehrt werden müssen:

Die Zeche Sachsen gehört zu der Mansfeld AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben. Die Anlagen bestehen aus zwei mit Doppelförderung eingerichteten Schächten nebst den modernsten Nebenanlagen. Die gesamten Tagesanlagen sind nach dem neuesten Stand der Technik ausgebaut. Die Syndikatsquote beträgt 1 160 000 Lo. Kohlen und 300 000 Lo. Koks. Es sind dort heute einschließlich Angestellte noch 1600 Mann beschäftigt.

Die Rentabilität der Zeche Sachsen ist so, daß diese aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht stillgelegt zu werden braucht. Das geht auch schon aus der sich von Monat zu Monat steigenden Leistung hervor. Betrug Anfang des Jahres die Leistung je Mann und Schicht im Monat nur etwa 1,3 Lo., so ist diese im Monat Oktober des laufenden Jahres bereits auf 1,47 Lo. gestiegen. Die Leistung geht im November über 1,50 Lo. hinaus und es ist damit zu rechnen, daß in allernächster Zeit die Leistung mit Hilfe des erst neuerdings eingeführten maschinellen Abbaufahrens weiter steigen wird.

Die Zeche Sachsen soll also nicht stillgelegt werden, weil sie nicht rentabel ist, sondern der einzige Grund liegt in den Unstimmigkeiten der beiden Besitzer untereinander und in den augenblicklichen Geldschwierigkeiten des Herrn Otto Wolff, die durch den Verkauf der Zeche beseitigt werden sollen. Die Gruppe der Arbeiter und Angestellten ist der Auffassung, daß es ein Verbrechen an der Gesamtheit des deutschen Volkes wäre, wegen Meinungsverschiedenheit und der Geldverlegenheit eines einzelnen 1600 Arbeiter und Angestellte arbeitslos zu machen.

Es besteht auch noch die Gefahr, daß durch eine Stilllegung der Zeche Sachsen die Nachbarzeche Raddob durch den mit Sicherheit zu erwartenden stärkeren Wasserzufluß in ihrer Existenz und Rentabilität gefährdet würde und dadurch die Gefahr der Stilllegung auch dieser Zeche bestände.

Die Mansfeld-AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Eisleben wird seit Jahren vom Reich subventioniert. Nach einem zwischen dem Reich und der Mansfeld-AG. abgeschlossenen Vertrage ist eine Transaktion nur mit Zustimmung des Reichs möglich. Die Arbeitnehmergruppe erwartet von der Reichsregierung, daß sie unter allen Umständen die für den Verkauf notwendige Zustimmung verweigert und damit die geplante Stilllegung der Zeche Sachsen verhindert.

Darüber hinaus fordert die Arbeitnehmergruppe erneut den sofortigen Erlaß einer Verordnung, der die Quotenübertragung von einer Zeche auf die andere verboten. Die Vorgänge über den Verkauf und die geplante Stilllegung der Zeche Sachsen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Ausbeutung des Bergbaues der privaten Bewirtschaftung alsbald entzogen und der staatlichen Bewirtschaftung unterstellt werden muß.

Die Stellungnahme der Arbeiterfreunde.

Seitens der Arbeitgebergruppe wurde hierzu folgende Erklärung abgegeben:

„Die Arbeitgebergruppe der Arbeitskammer lehnt die von der Arbeitnehmergruppe eingebrachte Entschließung ab. Sie lehnt es grundsätzlich ab, in dieser Angelegenheit in der Arbeitskammer Stellung zu nehmen und erklärt fernerhin die in der Entschließung bezüglich der Rentabilitätsverhältnisse der Zeche Sachsen aufgestellten Behauptungen als nicht zutreffend angefaßt. Der Tatsache, daß eine Fortführung des Betriebes nur möglich sein wird, wenn erhebliche Kapitalbeträge in den Untertagebetrieb neu investiert werden. Ebenfalls kommt eine Gefährdung der Zeche Raddob in Frage.“

Ein Vertreter des Einheitsverbandes (KPD.)

erklärte, daß sie nach wie vor gegen eine Stilllegung der Zeche Sachsen seien. Sie würden sich jedoch, wie dieses auch bereits von ihnen in einer vorhergegangenen gemeinschaftlichen Gruppensitzung geschehen, bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil sie insbesondere in der Frage bezüglich der Verstaatlichung anderer Auffassung seien.

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Bergbauangelegten gaben folgende Erklärung ab:

„Einem Teil der Entschließung können wir nicht zustimmen, insbesondere dem letzten Absatz wegen der darin enthaltenen politischen Ziele. Wir gehen aber mit dem Teil einig, der fordert, daß eine Stilllegung der Zeche Sachsen verhindert werden muß, wenn irgendwelche Möglichkeiten hierzu bestehen.“

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde die vorgeschlagene Entschließung von beiden Arbeitnehmergruppen einstimmig angenommen. Die sechs Vertreter des Einheitsverbandes der Bergarbeiter und der Vertreter des Verbandes „Der Deutsche Arbeiter“ hatten sich der Stimme enthalten.

Kommunisten und Gelbe marschieren also wieder einmal Arm in Arm. Ob die kommunistischen Nachläufer immer noch nichts merken?

Wird die Stilllegung verhindert?

Der Kampf der Gewerkschaften gegen die beabsichtigte Stilllegung scheint keine Wirkung nicht zu verfehlen. In der Nr. 682 der „Rhein.-Westf. Ztg.“ lesen wir wörtlich folgende Notiz:

„Die Verhandlungen wegen der Fortführung der Mansfelder Kupferbetriebe haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Im Mittelpunkt der Erörterungen steht nach wie vor die Absicht, die Kupferbetriebe aus der Mansfeld-AG. herauszulösen und in eine besondere Gesellschaft, entweder Aktien-Gesellschaft oder Gesellschaft m. b. H., einzubringen. Was die Frage der Gewerkschaft Sachsen anlangt, so sind Bestrebungen im Gange, eine Stilllegung der Gewerkschaft Sachsen zu verhindern, und zwar durch die Ablehnung einer Quotenübertragung. Der Erwerb der Gewerkschaft Sachsen durch den Haniel-Konzern ist bekanntlich zu dem Zwecke erfolgt, die Syndikatsquote von Sachsen anderweitig auszunutzen und Sachsen zur Stilllegung zu bringen. Wenn dieser Zweck des Kaufes nicht zu erreichen ist, ergibt sich die Frage einer Rückgängigmachung des Geschäftes.“

Hier wird zum ersten Male in aller Form zugegeben, daß das Kaufgeschäft nur zuwege kam zum Zweck der Stilllegung und Quotenübertragung. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die verantwortlichen Stellen zu solcher Wahnsinnspolitik ihre Hand bieten und werden alles — trotz der kommunistischen Sabotageversuche — tun, um die Zeche und deren Arbeitern ihr Brot zu erhalten.

lungsmitteln am Leben zu erhalten, während ihn die Kameraden ausgruben. Hal erfuhr von dem Unfall dadurch, daß er den mit Säcken bedeckten Leichnam auf einem Brett liegen sah. Niemand gönnte dem Toten einen Blick. Als Hal nach der Arbeit seinen Freund Maddox, den Maultierfahrer, befragte, antwortete der: „Ein Letzter. Er ist hin.“ Das war alles. Niemand kannte, niemand betrauerte ihn.

Mitte Sitoria hatte in der Nähe der Unfallstätte gearbeitet und mitgeholfen, das Opfer auszugraben. Milos Regergeselle hatte dabei in seiner unvorsichtigen Hast eine Quetschung der Hand erlitten und war für Wochen arbeitsunfähig. Sitoria erzählte in seinem gebrochenen Englisch, wie alles gekommen sei. Es war ein sehr dicker Anblick gewesen: der Mann festgeklemmt wie in einer Falle, nach Luft ringend, mit weit herausquellenden Augen. Zum Glück war er ein junger Bursche und hinterließ keine Familie.

Hal fragte, was mit dem Körper geschehe; der würde am nächsten Morgen beerdigt, lautete die Antwort. Die Gesellschaft befah im Canon eine Art Friedhof.

„Wird denn keine Leichenschau erfolgen?“ forschte Hal weiter. „Leichenschau?“ wiederholte der andere. „Was ist das?“ „Bleibt denn der Leichenbeschauer nicht den Körper?“

Der alte Slowake zuckte die Achsel; wenn es in diesen Regionen einen Leichenbeschauer gab, so hatte er niemals davon gehört, und er hatte doch schon unzählige Jahre unter der Erde gearbeitet und viele Bergleute begraben sehen. „Man legt sie in eine Kiste und gräbt ein Loch“, erklärte er.

„Und kommt kein Geistlicher?“

„Der Geistliche lebt zu weit von hier.“ Später erfuhr Hal von englischsprachigen Bergleuten, daß manchmal ein Leichenbeschauer ins Kohlenrevier kam. Der stellte dann eine Kommission zusammen, die aus Jeff Cotton, dem Bergbauhaupte, Prebovic, dem galizischen Juden, der im Warenhaus der Gesellschaft angestellt war, und zwei oder drei Beamten der Gesellschaft bestand, sowie aus einigen mexikanischen Arbeitern, die von der ganzen Sache nichts begriffen. Diese Kommission befragte die Leiche, befragte einige Arbeiter um die näheren Umstände und gab das Gutachten ab: „Wir bestätigen, daß der Verstorbene durch einen selbst verschuldeten Bergfall den Tod fand.“

Für diese Dienstleistung erhielt der Leichenbeschauer eine gewisse Summe, und die Gesellschaft hatte ein offizielles Gutachten in der Hand, das ihr von Nutzen war, falls ein ausländischer Konsul es sich einfallen ließ, mit einer Schadenersatzklage an sie heranzutreten. Diese Dinge waren so gut geregelt, daß im Nordtal noch niemand eine Entschädigung erhalten hatte; ja, es war sogar in den letzten dreißig Jahren kein einziger Schadenersatzprozeß gegen die Besitzer dieser Grubenreviere angestrengt worden.

Der oben erwähnte Unfall gab Hal Gelegenheit, einen Einblick in die wirkliche Grubenarbeit zu gewinnen. Der alte Milos war seines Gehilfen beraubt und schlug Hal vor, dessen Stelle einzunehmen.

„Wird es der Aufsicht zulassen?“ fragte Hal.

„Geben Sie ihm zehn Dollars, dann wird es sich schon machen lassen.“

„Es tut mir leid“, lachte Hal, „doch ich besitze keine zehn Dollars.“

„Geben Sie ihm zehn Dollars Kredit.“

Hal lachte wieder: „Werden denn Gutscheine als Bestechung angenommen?“

„Natürlich.“

„Kann ich ihn nicht zwingen, mich umsonst freizulassen, indem ich meine Maultiere schlecht verpflege?“

„Dann wird er Sie zum Teufel jagen!“ erwiderte der alte Milos.

„Wenn Sie ihn ärgern, weißt er uns schlechte Arbeitsstellen an, und wir verlieren zehn Dollars in der Woche. Nein, geben Sie ihm zu trinken, sagen Sie ihm schöne Worte, dann fühlt er sich wohl. Sie können ja amerikanisch, überreden Sie ihn.“

Hal freute sich der Gelegenheit, seinen Schachtauffeher näher kennenzulernen. Alec Stone war sechs Fuß hoch und entsprechend breit; seine Arme waren wie Schinken, weich vom Fett, aber dennoch von ungeheurer Kraft. Er hatte in einer Zuckerpflanzung Louisiana gelernt, mit seinen Leuten umzugehen. Als Hal diese Tatsache erfuhr, ward ihm vieles klar. Stone hatte die Gewohnheit, seine Arbeiter bei ihrer Nationalität zu rufen, ähnlich einem Regisseur, der die Schauspieler nach den von ihnen dargestellten Personen benennt: „Du Polack! Gehe dort das Getreide auf!“ „He, Japaner, bring mir die Werkzeuge!“ „Halt's Maul, Dago, und geh an die Arbeit, sonst bekommst du einen Fußtritt, daß dir die Hosen placken!“

Hal hatte einmal einem Streit darüber beigewohnt, wem es oblag, die Balken fortzuschaffen. Eine große Säge lag auf dem Boden. Stone hatte sie aufgehoben und wie ein Schwert vor dem Gesicht eines kleinen böhmischen Bergmanns geschwenkt.

„Lad die Balken auf, Böhme! Sonst schneide ich dich in kleine Stücke!“ Der erschrockene Mann wich zurück. Stone jedoch folgte ihm, bis er sein Opfer gegen eine Wand gedrückt hatte, und stand nun vor ihm, die Säge auf- und niederzwingend. „Ich schneide dich in kleine Stücke, ich werde Gulasch aus dir machen!“ Als der Aufseher endlich zurücktrat, sprang der kleine Böhme eilig vor, um die Balken aufzuladen.

Das Selbstmitleid jedoch war, daß Stone trotz seines Verhaltens gutmütig zu sein schien. Kaum eine von tausend Drohungen führte er wirklich aus; hatte er zu Ende gesprochen, so pflegte er zu lachen und der andere lachte meist mit, ohne jedoch in seinem erschrockenen Schaffen innezuhalten. Nach der Sagenperiode bemerkte der Aufseher zu dem ihn betrachtenden Hal: „So muß man mit dem ausländischen Gesindel umgehen!“ Hal nahm den Ausspruch als Tribut für sein amerikanisches Blut auf und fühlte sich etwas geschmeichelt.

An jenem Abend begab er sich zum Aufseher und fand ihn vor seinem Hause sitzend, die Füße auf den Zaun gelegt.

„Herr Stone“, sagte Hal, „ich möchte mit Ihnen sprechen!“

„Heraus damit, Junge.“

„Wollen Sie nicht etwas trinken kommen?“

„Sie möchten wohl etwas von mir haben — wie? Mich legen Sie nicht hinein.“ Trostdem nahm er die Füße vom Zaun, klopfte den Tabak aus seiner Pfeife und folgte Hal die Straße entlang.

„Ich möchte eine andere Beschäftigung, Herr Stone.“

„So, haben Sie die Maultiere schon satt?“

„Nein, Herr; aber es bietet sich mir eine einträglichere Beschäftigung. Milos Sitorias Gehilfe ist krank, und ich möchte seine Stelle einnehmen — falls Sie es erlauben.“

„Nein!“ erwiderte der Aufseher kurz. „Bleiben Sie nur bei den Maultieren. Ich habe an Ihnen einen guten Stallknecht und will ihn nicht verlieren. Bleiben Sie dabei, dann werde ich später Ihren Lohn erhöhen. Wenn Sie in den Schacht arbeiten gehen, so fällt Ihnen höchstens ein Stein auf den Kopf und dann nützt Ihnen der Verdienst verdammt wenig.“

Sie hatten die Schenke erreicht und traten ein. Hal bemerkte, daß ein tiefes Schweigen entfiel; jeder grüßte und beobachtete die beiden. Es war angenehm, mit dem Aufseher zusammen zu sein.

O'Callahan, der Schankwirt, trat mit seinem liebenswürdigsten Lächeln vor und legte sich zu ihnen. Hal bestellte Whisky. „Mein, nein“, fuhr der Schachtauffeher fort, „bleiben Sie nur bei Ihrer Beschäftigung. Wenn Sie gelernt haben, mit Maultieren fertig zu werden, mache ich Sie zum Aufseher und lehre Sie, mit Menschen fertig zu werden.“

Einige der Umstehenden lachten. Der Schachtauffeher trank seinen Whisky auf einen Zug aus und stellte das Glas nieder.

„Das ist keine Kleinigkeit“, sagte er so laut, daß ihn alle hören konnten. „Ich habe es vor langer Zeit bei den Negern gelernt. Immer wurde ich gewarnt: „Um Gottes willen, Sie dürfen nicht so über unsere Negern sprechen; eines Nachts wird Ihnen das Dach über dem Kopf angezündet.“ Ich aber sagte: „Ein verwöhnter Neger ist ein untauglicher Neger“, und dem Neger sagte ich: „Neger, wenn du dir etwas herausnimmst, bekommst du einen Fußtritt, daß dir die Hosen placken!“ Die Bande wußte, daß ich ein Gentleman bin und mein Wort halte. Sie hätten nur sehen sollen, wie bei mir gearbeitet wurde!“

„Trinken Sie noch etwas?“ sagte Hal.

Der Schachtauffeher trank weiter, wurde gemütlich und erzählte Negergeschichten. Auf den Zuckerpflanzungen gab es eine strenge Arbeitszeit, während der zwanzig Stunden am Tag geschäftet werden mußte. Versuchten die Neger, sich zu brüthen, so wurden sie wegen Fluchens oder unbefugten Jagens verhaftet und mußten als Sträflinge unentgeltlich arbeiten. Der Schachtauffeher erzählte, wie einer der Schwarzen vor den Friedensrichter gebracht und wegen „unerlaubten Schielens“ zu sechzig tägiger, schwerer Arbeit verurteilt wurde. Diese Anekdote belustigte die Gäste, deren Rassengefühl stärker zu sein schien als ihr Klassengefühl. (Fortsetzung folgt.)

Wie wird im russischen Bergbau entlohnt?

Von einem Kameraden, der annähernd drei Jahre im Donezbecken arbeitete, erhalten wir über die Lohnverhältnisse im russischen Bergbau folgende Zuschrift:

Bei vielen deutschen Arbeitern bestehen immer noch Unklarheiten darüber, nach welchem Prinzip der Arbeiter in der Sowjetunion entlohnt wird. Allgemein wird von den kommunistisch eingestellten Arbeitern erklärt, in der Sowjetunion seien die Produktionsmittel vergesellschaftet, also müsse eine möglichst einheitliche Entlohnung, unabhängig von der Quantität und Qualität der Arbeit bestehen. Bei Diskussionen habe ich immer wieder die eben geschilderte Auffassung gehört. Es ist deshalb notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, aber nicht nur Klarheit über das, was theoretisch formuliert und zum geltenden Recht geworden ist, sondern auch darüber, wie die Dinge in der Praxis liegen.

Im Tarif selbst ist der Schichtlohn für alle auf dem Schacht Beschäftigten festgelegt. Bei einzelnen Kategorien sehen wir keine einheitliche Entlohnung, sondern verschiedenartige Einstufung. An einzelnen Beispielen werden wir das sehen. Da bekommt der Verbauer, der in neu aufgefahrener Bremsbergbau und Querschlägen arbeitet, 7 Rubel pro Schicht, der Verbauer in allen Streden (Reparatur) 5,20 Rubel. Der Verbauer im Streb erhält 4,80, der Schlosser erster Hand 5,20, zweiter Hand 4,80, dritter Hand 4,40 und vierter Hand 3,80 Rubel. Die hier angeführten Beispiele zeigen klar, daß entsprechend der Qualität der Arbeit entlohnt wird.

Die folgende Uebersicht wird zeigen, daß die Bezahlung auch von der Quantität der geleisteten Arbeit abhängig ist. Der Lader an der Kutsche hat einen Grundlohn von 4,10 Rubel. Auf Grund des vorhandenen Prämien Systems bekommt er für jeden über das Soll geladenen Wagen eine Prämie, der Schlepper ebenso. Sein Grundlohn beträgt unabhängig von seinem Alter 3,80 Rubel. Außerdem besteht eine Verordnung, nach der alle Arbeiter unter Tage im Gebirge ausgeführt werden müssen. Bei den Bauern wird das zu 100 Prozent angewendet. Beim Lehrauer, Schlepper, Verbauer, Schlosser usw. gibt es noch Ausnahmen.

Bei der Festlegung des Gehaltes wird folgendermaßen verfahren: Auf jedem Schacht besteht eine Normierungskommission. Diese Normierungskommission setzt die für die einzelnen Arbeitsvorgänge in Frage kommenden Preise fest. Der Steiger bekommt ein Verzeichnis davon, und wenn der Kumpel eine neue Arbeit bekommt und fragt: „Was gibt es hier für ein Gehalt?“, dann holt der Steiger sein Verzeichnis hervor und gibt den Gehalt bekannt. Für jeden ist es verständlich, daß bei einer solchen Normierung (Kalkulation) Irrtümer ent-

stehen können, sei es, daß sich die Verhältnisse geändert haben oder daß in der Kommission Leute vertreten sind, denen der Wirtschaftssinn gefehlt hat. Es kann also vorkommen und kommt in der Tat sehr häufig vor, daß der Kumpel trotz Schuftens nicht an den Tariflohn herankommt. In solchen Fällen gibt es für ihn nicht die geringsten Sicherheiten. Hier ist im wahrsten Sinne des Wortes die jedem Kumpel bekannte These: „Was verdient wird, wird ausgezahlt“, verwirklicht. Allerdings kommt es auch vor, daß erheblich über den Tariflohn verdient wird, ohne daß das Gehälte abgezogen wird. Aber was das wichtigste ist: ein Mindestlohn existiert nicht! Wenn der Kumpel nur das Salz für die Suppe verdient, dann erhält er nicht mehr und niemand kann ihm helfen. Wohl existiert eine Klausel im Tarif, die besagt, daß, wenn ohne die Schuld des Arbeiters ein Unfall entsteht, er von dem Ausfall 50 Prozent ausgezahlt bekommt. Zum Beispiel: Wenn in der Strebe drei Stunden lang keine leeren Wagen kommen, dann müßte entsprechend der oben angeführten Klausel dem Kumpel für 1½ Stunden Schichtlohn gezahlt werden. In der Praxis ist es aber so, daß die Verwaltungen immer bestreiten, daß der Unfall auf ihre Schuld zurückzuführen ist.

Oft entspinnt sich eine Kette von Auseinandersetzungen. Bei der bürokratischen Einstellung der Partei und Gewerkschaftsorganisationen ist es aber schwer für den Kumpel, diesen Kampf zu Ende zu führen. Die Mehrzahl gibt zermürbt den Kampf auf. Auf unserm Schacht war zum Beispiel die Verwaltung so eingestellt, wenn in einem Rapport „Ausfall“ angeschrieben war, dann ging er zurück mit der Begründung, der Hauer habe keinen Ausfall, er könne immer arbeiten.

Noch unverständlicher aber ist für den deutschen Kumpel folgender Zustand: Beim Festsetzen des Gehaltes wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um feste oder um lose Kohle handelt. Zum Beispiel im Aufbau hatten wir für 1 Quadratmeter 2,68 Rubel. Es ist vorgekommen, daß wir 4 Meter machen konnten, es ist aber noch öfter vorgekommen, daß wir nur 1 Meter oder weniger gemacht haben. Als ich auf einer Parteikonferenz auf diesen unerträglichen Zustand aufmerksam machte, sagte der verantwortliche Parteiarbeiter im Schlußwort: „Was der Genosse Frank da sagt, von einem verschiedenen Gehälte bei harter und weicher Kohle, müssen wir gelegentlich diskutieren.“

Aus alledem kann man ersehen, daß es in der Sowjetunion noch harter Kämpfe bedarf, um Dinge zu erringen, die für den deutschen Kumpel längst Selbstverständlichkeit geworden sind. Man muß unwillkürlich anerkennen, daß die Verhältnisse auf dem Gebiete der Tarifverträge und des Gehältesystems in Deutschland gegenüber denen der Sowjetunion gewisse Vorzüge haben. Fritz Frank.

160 Neuaufnahmen

für den Verband innerhalb vierzehn Tagen meldet die Geschäftsstelle Recklinghausen. Im gleichen Zeitraum hat die Geschäftsstelle Oberhausen

150 neue Mitglieder

gewonnen. Wenn alle Geschäftsstellen diese vorbildlichen Erfolge in der Werbearbeit aufweisen, dann können wir am Jahresende mit Stolz feststellen:

Bereinte Kraft Grobes schafft!

Wie die Berechnung erfolgt, ist an nachfolgendem Beispiel zu ersehen:

Beispiel.	
Die Dienstzeit stellt sich wie folgt:	
1. bei der Reichsnappschafft	123 Monate
2. bei der Saarnappschafft	305 Monate
zusammen 428 Monate	

Die vor dem 1. Juli 1932 bereits festgesetzte Pension der Reichsnappschafft würde, wenn die Invalidenrente nicht bezogen wird, sich bei einer Gesamtdienstzeit von 428 Monaten wie folgt zusammensetzen und monatlich betragen:

1. Grundbetrag	14,00 M.
2. Steigerungssätze	
60 Monate je 0,5 % Lohnklasse V	4,37 M.
60 Monate je 1,0 % Lohnklasse V	8,75 M.
180 Monate je 1,85 % Lohnklasse V	48,50 M.
5 Monate je 0,5 % Lohnklasse V	0,36 M.
123 Monate je 0,5 % Lohnklasse VI	10,25 M.
zusammen 86,23 M.	

Diese Pension ermäßigt sich gemäß § 38 Abs. 1 der Satzung der Reichsnappschafft um 14 % der Steigerungsbeträge für die vor dem 1. Januar 1924 liegende Dienstzeit.

Die Ermäßigung beträgt	10,11 M.
Witthin Gesamtpension 76,12 M.	

Der Anteil der Reichsnappschafft wird berechnet mit 123 Dienstmonaten der Reichsnappschafft mal 76,12 Mark Gesamtpension geteilt durch die Gesamtdienstzeit wie folgt: $123 \times 76,12 \text{ M.} : 428 = 21,88 \text{ M.}$

Die Pension der Saarnappschafft würde bei einer Gesamtdienstzeit von 428 Monaten, wenn die Invalidenrente nicht bezogen wird, ab 1. September 1932 betragen:

1. Grundbetrag	42,35 Fr.
2. Staatszuschuß	36,30 Fr.
3. Wartegeld	28,00 Fr.
4. Steigerungsbeträge	
120 Monate zu je 1,80 Fr. = 216,00 Fr. jährlich oder monatlich	18,00 Fr.
60 Monate zu je 5,40 Fr. = 324,00 Fr. jährlich oder monatlich	27,00 Fr.
60 Monate zu je 5,85 Fr. = 351,00 Fr. jährlich oder monatlich	29,25 Fr.
188 Monate zu je 7,20 Fr. = 1353,60 Fr. jährlich oder monatlich	112,80 Fr.
zusammen 293,70 Fr.	

Der Anteil der Saarnappschafft wird wie folgt berechnet: $305 \times 293,70 \text{ Fr.} : 428 = 209,29 \text{ Fr.}$

Zu dem Anteil der Saarnappschafft tritt, wenn die letzte Dienstzeit bei ihr verbracht war, gemäß § 33 Heidelberger Abrede eine Zulage von 42,55 Fr. zusammen 251,84 Fr.

Bei dem Umrechnungskurse von 6,08 Fr. für 1 M. werden somit gezahlt:

1. Wenn die Zahlung durch die Saarnappschafft erfolgt:	
Anteil der Reichsnappschafft	133,03 Fr.
Anteil der Saarnappschafft	251,84 Fr.
zusammen 384,87 Fr.	
oder abgerundet 384,80 Fr.	
2. Wenn die Zahlung durch die Reichsnappschafft erfolgt:	
Anteil der Reichsnappschafft	21,88 M.
Anteil der Saarnappschafft	41,42 M.
zusammen 63,30 M.	

Die Invalidenpension der Saarnappschafft setzt sich jetzt zusammen, wenn die Rente aus der Invalidenversicherung nicht bezogen wird:

1. Aus einem Grundbetrag von monatlich 42,35 Fr.
2. Aus Steigerungssätzen; die betragen für die ersten 120 Dienstmonate 1,80 Fr., die nächsten 60 Monate 5,40 Fr., für die folgenden 60 Monate 5,85 Fr. und die weiteren Monate 7,20 Fr.
3. Einem Staatszuschuß, der zur Invaliden- und Witwenpension gleich hoch ist und monatlich 36,30 Fr. beträgt, wenn die Gesamtdienstzeit 30 Jahre beträgt. Für jedes Jahr, das an diesen 30 Jahren fehlt, kürzt sich der Satz um 1,50 Fr. bis zum 20. Dienstjahre und für jedes weitere Dienstjahre kürzt sich derselbe um 2 Fr. pro Monat bis zum 10. Dienstjahre. Für die ersten 10 Dienstjahre beträgt der Staatszuschuß in allen Fällen monatlich 1,30 Fr.
4. Wird ein Invalidengeld gewährt, das, wenn 10 Dienstjahre zurückgelegt sind, monatlich 28 Fr. beträgt und sich um jedes Jahr, das an den 10 Jahren fehlt, monatlich um 3 Fr. ermäßigt bis zum Mindestsatz von 7 Fr. monatlich.

Zu diesen Bezügen kommt noch die reichsnappschafftliche Zulage nach § 33 der Heidelberger Abrede in Höhe von 42,55 Fr., wenn die Saarnappschafft die Pension festgesetzt hat. Die Witwen erhalten die Hälfte des Grundbetrages sowie des Wartegeldes und der knappschafftlichen Zulage.

Wie sich die Pension berechnet, ist an dem oben gesetzten Beispiel zu ersehen. Für jedes Kind unter 15 Jahren wird ein Kindergeld in Höhe von 12 Fr. monatlich gewährt. Sobald die Rente aus der Invalidenversicherung gewährt wird, fallen von der Pension der Grundbetrag, der Staatszuschuß, das Wartegeld und die etwa gewährten Kindererlöse weg.

Der Kalkonzern Burbach vor dem Zerfall?

Entlastung durch Beilehung der Mansfeld-Quote.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik, welche der Beherrscher von Burbach, Kommerzienrat Dr. Korte, mit der Gründung seines Konzerns getrieben hat, haben wir wiederholt eingehend beleuchtet. Mit einer Schuld last von mehr als 65 Mill. M. außer der Kalkantelle in Höhe von 58 Mill. M. steht der Burbach-Konzern heute vor dem finanziellen Ruin. Da ohne Konsolidierung der Schulden bei den heutigen Kapitalverhältnissen einfach unmöglich ist, muß man eben zu dem Mittel der „kalten Sanierung“ greifen, d. h. realisierbare Vermögenswerte in irgendeiner Form zu Geld machen. Zu diesem Mittel hat auch jetzt Herr Dr. Korte gegriffen, indem er mit dem Salzdetfurth-Konzern ein Darlehensgeschäft abgeschlossen hat, wodurch Burbach 2,4 Mill. M. für die Dauer von zwei Jahren erhält. Dieser Darlehensvertrag ist gleichzeitig verbunden mit einem Quoten ausnutzungsgeschäft. Burbach überträgt seinen Anteil an der Mansfeld-Quote der Kalkantelle für die Dauer des Darlehens auf den Salzdetfurth-Konzern. Dafür erhält Burbach, abgesehen von dem Kredit, die normalerweise bei der Verpachtung von Quoten zwischen den Kalkonzernen übliche Gebühr, d. h. einen gewissen Prozentsatz des durchschnittlichen Erlöses des Deutschen Kalkyndustrials. Der Erlös des Kredites soll dazu dienen, um die kurzfristigen Kredite des

Konzerns gegenüber dem Kalkyndustriat abzudecken. Diese Verpflichtungen, die von rund 4 Mill. M. bereits um rund 2 Mill. M. vermindert worden sind, sollen auf Grund des Salzdetfurth-Darlehens bis Ende des Jahres getilgt werden.

Die Burbach-Verwaltung erklärt zwar, daß man sich nicht endgültig von der Mansfeld-Quote trennen wolle, aber wie sie nach Ablauf der zweijährigen Frist angesichts der ungeheueren Verschuldung die Gelder zur Rückzahlung des Darlehens auf-treiben will, darüber scheint man sich in Verwaltungskreisen heute noch keine Gedanken zu machen. Wie bereits gesagt, handelt es sich bei diesem Beilehungsgeschäft um nichts anderes, als um eine durch die Not oder besser durch verfehlte Wirtschaftsführung zwangsläufige Realisierung von Vermögenswerten, da ein anderer Weg der Kapitalbeschaffung nicht zu finden ist. Man hat bei Abschluß des Darlehensvertrages dem Burbach-Konzern lediglich die Chance gelassen, um bei etwa wieder steigendem Kalkabsatz später bei endgültiger Regelung dieses Geschäftes einen günstigeren Preis für die Quote erzielen zu können. Das Mansfeld-Darlehensgeschäft wird wohl nicht das letzte Geschäft dieser Art sein, was der Burbach-Konzern abschließen muß, um sich über Wasser halten zu können. Aber damit dürfte dann auch das Schicksal von Burbach als Konzern besiegelt sein.

Saarnappschafft - Reichsnappschafft.

Veränderungen der Pensionsbezüge der Saarnappschafft

Im Jahre 1932 unter Berücksichtigung der Bezüge, die zu zahlen sind, wenn Dienstjahren bei der Saarnappschafft und bei der Reichsnappschafft zurückgelegt waren.

Durch den Abbau der Belegschaft an der Saar hat sich, analog der Entwicklung in der Reichsnappschafft, auch in der Saarnappschafft die Zahl der Beitragszahler vermindert und die Zahl der Pensionsempfänger erhöht. Die Einnahmen deckten die Ausgaben nicht mehr. Angemessene Staatszuschüsse wurden von der Saarregierung auch nicht gewährt. So kam es, daß die Regierungskommission bzw. das Saar-Oberbergamt als Aufsichtsbehörde der Knappschafft zwangsweise die Pensionsleistungen abbaut. Es erfolgte durch Zwangsabstufungsbestimmungen des Oberbergamtes in allen Fällen ein Abbau der Steigerungsbeträge um 5 Proz. ab 1. Januar 1932. Gleichzeitig wurden die in der Reichsnappschafft bereits durchgeführten Ruhe- und Kürzungsbestimmungen, die beim Zusammen-treffen von sonstigem Einkommen in Pensionen bezügen in Anwendung gebracht werden, ebenso die Höchstgrenzen beim Zusammentreffen mit anderen Sozialleistungen eingeführt.

Am 1. Februar 1932 führte die Saarregierung die im Reich durch Notverordnung ab 1. Januar durchgeführten Ruhevorschriften ein, die beim Zusammentreffen mit mehreren Sozialrenten und Beamtenpensionen, Versorgungsbezügen usw. in Anwendung zu bringen sind. Ab 1. August trat durch weitere Zwangsabstufungsbestimmungen des Oberbergamtes eine Kürzung des Grundbetrages zur Pension um die Hälfte ein. Die im Reich durch Notverordnung vom 14. Juli 1932 für die Pensionsleistungen der Reichsnappschafft durchgeführten Abbau-maßnahmen führte man teilweise an der Saar durch Zwangs-abstufungsbestimmungen durch. Der Grundbetrag wurde von monatlich 84,70 Fr. bzw. 14 M. auf 42,35 Fr. oder 7 M. herab-gesetzt. Die Herabsetzung erfaßte alle Pensionen, auch die so-genannten alten. Diese Zahlen kommen für Invalidenpensionen in Frage; für Witwenpensionen macht es die Hälfte der be-zeichneten Beträge aus. Der Abbau erregte einen starken Ent-

rüstungssturm. Das Oberbergamt hat deshalb seinen ersten Beschluß im Monat September wieder geändert. Als Ausgleich für die starke Kürzung des Grundbetrages hat es das früher ge-währte Invalidenwartegeld von 7 Fr. auf 28 Fr. monatlich ab 1. August 1932 erhöht.

Zur Deckung dieser Mehrausgaben wurden aber dann die Steigerungssätze ab 1. September wieder allgemein um 5 Proz. herabgesetzt. Das Wartegeld wird nur an diejenigen Pensions-empfänger gewährt, die keine Leistungen aus der Invaliden-versicherung erhalten. Für die sogenannten Wanderrentner (die Dienstzeiten bei der Saar- und Reichsnappschafft zurück-gelegt haben) wurde dann die durch die Notverordnung vor-gesehene Kürzung von 6 M. durch die Reichsnappschafft ganz angewendet.

Diese vorgesehenen Kürzungen und Neuberechnungen konn-ten zum Teil nicht sofort durchgeführt werden, so daß mehrere Monate veränderte Bezüge ausgezahlt worden sind. Das brachte bei den Pensionsempfängern natürlich eine gewisse Mißstimmung mit sich und führte selbstverständlich zu großen Rückfragen und Beschwerden. Die Kürzung der vollen Beträge von der Reichs-nappschafft war insofern bei diesen Wanderrentnern unberechtigt, weil dieselbe hätte anteilsgemäß erfolgen müssen. Dasselbe trifft auch bei Anwendung der jahresmäßigen und gefälligen Ruhevorschriften zu, die durch die Notverordnung der beiden Regierungen zur Durchführung gebracht worden sind.

Um die entstandenen Schwierigkeiten zu überbrücken, ist dann eine Vereinbarung zwischen der Saarnappschafft und der Reichsnappschafft abgeschlossen worden, die wir bereits ver-öffentlicht haben. Nach dieser Vereinbarung werden die Ruhe- und Kürzungsbestimmungen so angewendet, daß die Kürzungs-beträge den beiden Knappschäften anteilsgemäß zugute kommen, entsprechend der zurückgelegten Dienstzeit bei den einzelnen Knappschäften. Damit kommt es nicht mehr vor, daß die Reichs-nappschafft die volle Kürzung vornimmt und die volle Kürzung gleichfalls wieder von der Saarnappschafft vorgenommen wird. Der Pensionsempfänger bekommt den Ruhebetrag nur einmal in Anwendung gebracht. Die Vereinbarung sieht auch vor, daß die Pensionsbezüge je nach der zurückgelegten Dienstzeit anteils-gemäß berechnet und getrogen werden. Sie gilt ab 1. Juli 1932.

Ruhrrevier.

Nachmachen!

Großer Werbeerfolg. - 237 Neuaufnahmen.

Durch die verstärkte Werbung sind innerhalb der Geschäftsstelle Redlinghausen im Oktober 80 und im November 157 Neuaufnahmen gemacht worden!

Daß die jetzige Situation schwierig, und es nicht ganz einfach ist, Neuaufnahmen zu machen, bedarf keiner Frage. Das Ergebnis im Monat November hat uns aber den Beweis gebracht, daß es noch nicht so schwierig ist, um überhaupt keine Aufnahmen machen zu können, wie man noch hier und dort zu hören bekommt.

Vier Jahrzehnte im Kampf.

Die Zahlstelle Duerenburg zählt einen treuen Kämpfer, den Kameraden August Weite, der vier Jahrzehnte in vorderster Linie steht. Er war Mitgründer der Zahlstelle und bekleidete zehn Jahre das Amt des Vertrauensmannes.

Vier Verbandsgründer in Annen.

Die Zahlstelle Annen zählt vier Veteranen, die heute noch mitten im Kampf drinstecken:

- 1. Otto Kamp. 2. Heinrich Bergmann. 3. Heinrich Schäfer. 4. Louis Schulte.

Saarrevier.

Das Neujahresgeschenk der Regierungskommission an die Invaliden und Unfallrentner.

Der Minister Rothmann und sein Ministerialdirektor Dr. Thissen haben am 1. Dezember d. J. den Vertretern der Arbeiter und Angestellten eröffnet, daß die Regierungskommission ab 1. Januar 1933 die Invalidenversicherung der Reichsnotverordnung vom Monat Juni anzupassen gezwungen sei.

dieselben nicht vom deutschen Versicherungsträger getragen werden, um 6 Proz. zu kürzen. Sie macht darauf aufmerksam, daß im Reich die Kürzung 7 1/2 und 15 Proz. betragen habe; jedoch, da die Reichsbestimmungen einen größeren Preis in die Unfallversicherung einbezogen haben, will man sich mit 6 Proz. begnügen.

In der Krankenversicherung hat man die Absicht, für die freiwillig Versicherten den Bezug des Sterbegeldes wiederherzustellen und die Beihilfe für Wöchnerinnen von 120 auf 180 Fr. zu erhöhen.

Die Regierungskommission beabsichtigt des weiteren, die Minderungsbestimmungen der deutschen Notverordnung vom Oktober in ihre Verordnung zu übernehmen, nach welcher Mehrleistung von den Versicherungsträgern auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit beschlossen werden können.

Die Regierungskommission hat in der Sozialversicherung bisher bereits die Forderungen des Unternehmertums in weitgehendem Maße berücksichtigt. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes des Saargebiets drängen schon seit Monaten auf Verstärkung der Unfallrenten.

Die Invalidenrentner haben bei der Saarknappschaft den doppelten Abzug, indem ihnen am 1. August die Invalidenrente um 30 Fr. gekürzt wurde, die Knappschaftspension um weitere 8 Fr. und dazu sollen weitere 6,30 Fr. ab 1. Januar erfolgen.

Die Papen-Notverordnung wirft auch ihre Schatten auf die Regierungskommission, welche sich damit tröstet, daß sie die Endauswirkung noch etliche Monate später einführt.

Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß neben der Heidelberger Abrede für die Versicherungsträger im Saargebiet keine Ursache besteht, eine weitere Rentenkürzung der ohnehin schon hungernden Invalidenrentner vorzunehmen.

Statt dessen muß es heißen: Herunter mit den übermäßigen Gehältern der höheren Kommunal- und Staatsbeamten, sowie Direktoren und Syndizis der Wirtschaft, welche ihre Geldbeutel bisher auf Kosten der Vermitteln der Armen geschont haben!

Schluss damit!

480 000 To. Kohlen liegen auf Halde. — Die Familien der Arbeitslosen frieren!

Auf den Saargruben liegen annähernd 500 000 To. Kohlen auf Halde, welche durch längeres Liegen an Güte und Wert nicht gewinnen. Die organisierte Belegschaft der Saargruben hat ein Interesse daran, daß während der Wintermonate, wo der Heizungsbedarf der einzelnen Familien stärker ist, diese Haldebestände abgetragen werden.

Die beiden Bergarbeiterverbände haben angesichts dieser Verhältnisse in nachstehender Eingabe die Generaldirektion eruchtet, den Arbeitslosenfamilien durch Lieferung billigen Heizmaterials ihre Lage zu erleichtern:

„Die Kohlenhaldebestände der Saargruben betragen zur Zeit mehr als 450 000 To. Es liegt im Interesse der Belegschaft sowie der Verwaltung der Saargruben, die Haldebestände während der Wintermonate zu vermindern.“

Wir bitten daher die Generaldirektion, die Haldebestände über die Gemeinden den erwerbslosen Familien zu einem geringen Preis zur Verfügung zu stellen. Eine solche soziale Maßnahme würde bei der Belegschaft sowie der Allgemeinheit das größte Verständnis finden.“

Wer hat den falschen Ueberzieher?

In der internationalen Bergarbeiterkundgebung, welche am 4. Dezember im großen Saale des Volkshauses in Neunkirchen stattfand, wurde ein Ueberzieher perwechselt. Der Ueberzieher gehört dem Vertrauensmann der Zahlstelle Hangard, Joh. Gerber. Wir bitten den Kameraden, welcher den Ueberzieher hat, denselben bei der Geschäftsstelle Neunkirchen, Volkshaus, abzuliefern.

Bezirk Oberschlesien.

Zum Gebirgschlag auf den Delbrückschächten.

Vier Tote!

Am 24. November ereignete sich auf den Delbrückschächten ein Gebirgschlag, durch den vier Kameraden getötet wurden. Das Unglück ereignete sich im Neben-Flöz unterhalb der 4. Sohle. Das Flöz hat dort eine Mächtigkeit von 2,75 Meter und fällt mit etwa 30 Grad nach Süden ein. Ueber ihm liegt das 4 Meter mächtige Heintz-Flöz. Beide sind nicht durch festes Gebirge, sondern nur durch ein 1,50 Meter mächtiges Bergmittel, bestehend aus Schiefer und Kohlenlagen, getrennt.

Bei dem Gebirgschlag, der auch über Tage verspürt wurde, ist die östlich Schwebende am Stoß vom Bunter 7 stark zusammengedrückt und zerbrochen. Dadurch wurden vier Beschäftigte verschüttet. Eine graufige Tragödie spielte sich hierbei ab. Unter den Verschütteten befand sich der Füller, der tagelang lebte und sich der Rettungsmannschaft meldete. Er starb vor ihren Augen, als man versuchte, sein durch Bruchmaterial festgeklemmtes Bein zu befreien.

Der Gebirgschlag erfolgte, als sich der Unfallsstoß etwa 30 bis 35 Meter an den Alten Mann im Heintz-Flöz genähert hat. Auch hier wieder, wenn auch in komplizierter Form, eine Kohleninsel, die — wie immer! — den Gebirgschlag auslöste. Also Vorsicht bei dieser Art des Abbaues!

Bezirk Zeltz.

Zwei Dienstjubilare.

Die Zahlstelle Zeltz konnte jetzt zwei Dienstjubilare ehren. Es ist der Kamerad Franz Gabler, der nun schon 30 Jahre Unterkassierer ist, sowie der Kamerad Wilhelm Janekki, der die gleiche Funktion schon 25 Jahre ausübt und vordem schon Vertrauensmann der Zahlstelle war.

Schluss des redaktionellen Teils.

Bei „Lungenleiden“ (Tuberkulose), chron. Husten, Asthma, Darmruhr, allg. gemeiner Schwäche, Skrophulose, Silphoscalin-Tabletten. Die große Zahl von Verleihen zeigt, daß Silphoscalin noch halt, wo alle anderen Mittel versagen; Schwere Lungenschäden (Cavernen) heilen aus, Fieber sinkt und Auswurf schwindet allmählich. Bazillen werden schließlich nicht mehr festgestellt. Wiederhergung eine feste Steigerung des Appetits und des Körpergewichts, Verbesserung des Blutes und Stärkung des ganzen Organismus — Silphoscalin ist in allen Apotheken erhältlich. (2,70 RM. die Pack.) Bestellen Sie von der Herstellerfirma Carl Hübler, Rungelshaus, oftlose Zubereitung der interessantesten illustrierten Aufklärungsbroschüre A.

Advertisement for GEG-ZIGARETTEN featuring a logo and text: 'Sie gehen sicher mit den zeitgerechten, guten GEG-ZIGARETTEN aus Ihrem Konsumvermögen!'.

Advertisement for 30 year Bronchialkatarrh und Husten, featuring a logo and text: '30 jähr. Bronchialkatarrh und Husten mit „Silphoscalin“ beseitigt. Der 74jährige J. B. in Z. schreibt: „Ich war erkrankt über die Wirkung...“'.

Advertisement for Bettfedern (Sächsische) featuring a logo and text: 'Sächsische Bettfedern - Fabr. P. Hoyer, Dolitzsch 79. Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4'.

Advertisement for Taschenkalender 1933 featuring a logo and text: 'Unser Bergarbeiter-Taschenkalender 1933 ist in schönem Leinenband erschienen. Bestellungen nehmen die Vertrauensleute entgegen.'.

Advertisement for Billige böhmische Bettfedern featuring a logo and text: 'Anerkannt beste Bezugsquelle! Billige böhmische Bettfedern und Daunen. Nur reine, guttillende Qualitäten.'.

Advertisement for Billigste neue Gänsefedern featuring a logo and text: 'Billigste neue Gänsefedern mit Daunen-doppelt gereinigt. Pfd. 2,40, beste 2,90, Halbdaun. 3,50, Edel 4,00'.

Advertisement for Bestecke mit 100 gr. Silberauflage featuring a logo and text: 'Bestecke mit 100 gr. Silberauflage in Qualität begutachtet durch a. Stahl. Material'.

Large advertisement for Miele Melior Staubsauger featuring a large image of the vacuum cleaner and text: 'Miele Melior D.R.P. D.R.G.M. mit Radiostörschutz der neue Staubsauger mit dem leisen Lauf, der großen Leistung und dem reichlichen Zubehör für den erstaunlich niedrigen Preis von R.M. 80.- ist jetzt lieferbar.'.

Advertisement for Gutschein über 2 Mark featuring a logo and text: 'Gutschein über 2 Mark Gültig nur bis Weihnachten! Wir schenken Ihnen Vertrauen, indem wir Ihnen viele elegante, gutgetragene, 14 Karat vergoldete Spinnwebuhren...'.

Advertisement for Helene Gieselsch featuring a logo and text: 'Helene Gieselsch, Antifess. n. Wesscheral, Neutrebh. 19 (Oderbruch), Wriezenerstr. 43a. Konkurrenzlos, Garantieschein f. 3 Jahre'.

Advertisement for Sichere Existenz featuring a logo and text: 'Sichere Existenz zuvergeben. Wir suchen zur Erreichung eines Machschien-Sieges an allen Orten strebsame Pers. Die Arbeit ist auch nebenberuflich bequem zu Hause auszul. Sehr gute Bez. ist garant. Vorkennnt. nicht erforderlich. Kostentl. Ausmaß ersticht. Bestehe Textilmittel-Beschäftigt. Berlin-Hilmsen 180'.

Advertisement for Gummi featuring a logo and text: 'Gummi des. Art. Preis 23. gratis. Stenograf. Zeichen. „Medicus“. Berlin SW 68. Alle Zafabrizate 8. Ich helfe Ihnen! Gummi, Stadler, Tec. Preisverhöher durch Wohlleben & Seber G. m. b. H., Berlin W 30 43.'.

Advertisement for Weihnachts-Geschenk featuring a logo and text: 'Als praktisches Weihnachts-Geschenk empfehlen wir ein Buch von unserem Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen, betitelt „Aus der Tiefe“, Bergmannslieder u. -gedichte. Zum Organisationspreis von nur M. 1.20 zu beziehen durch H. Hansmann & Co., Bochum'.